AFRIKA SÜD

Klimakrise im südlichen Afrika

Zeit zu handeln!

Inhalt

EDITORIAL

3 Europa darf Afrika im Klimaschutz nicht im Stich lassen
Von Sultan Mussa.

EINLEITUNG

4 Es ist Zeit zu handeln!
Collins Shava über die Folgen des Klimawandels im südlichen Afrika.

IPCC-BERICHT

7 Hitzewellen, Dürre und Überschwemmungen
Einblick in die düsteren neuen Klimawandelprognosen für Afrika von Victor Ongoma.

DÜRRE UND HUNGER

9 Abhängig vom Vertriebssystem
Madagaskar ist vom Klimawandel besonders hart betroffen, schreibt Dr. Tsiry Rakotoarisoa.

11 Dürre, Landnahme und Flucht
Der vergessene Hunger im Süden Angola. Ein Bericht von Amnesty International.

WASSERKRISE

13 Klima und knappe Wasserressourcen in Ostafrika
Sixbert Mwanga zeigt Ansätze für konkrete Maßnahmen auf.

16 Eine Anwältin kämpft für Südafrikas Wasserquellen
Eine Reportage von Leonie March.

DEKARBONISIERUNG

19 Südafrika hängt an der Kohle
Eine historische Analyse Sam Ashman.

21 Ein Plan zum Ausstieg aus der Kohle?
Annika Heck über Strategien aus der Kohleabhängigkeit Südafrikas.

ANPASSUNG VON TRADITION

23 Traditionen im Wandel des Klimas
Der Klimawandel verändert den Umgang mit traditionellen Riten. Von Sebolelo Mokapela & Russell H. Kaschula.

ANPASSUNGSSTRATEGIEN

26 Unheilvolle Allianz
Gereon Hunger zur nachhaltigen Anpassung an den Klimawandel in Mosambik.

NAMIBIA/BOTSWANA: FRACKING

29 Fracking in Zeiten der Klimakrise?
Ölbohrungen im Okavangobecken bedrohen das Ökosystem. Von Annika Heck.

DR KONGO: ROHSTOFFE

32 Kann das im Boden bleiben?
Gedanken zur Energie- und Rohstoffwende am Beispiel der DR Kongo von Rebecca Heinz und Gesine Ames.

AFRIKA: KLIMABEWEGUNG

35 Fridays for Future Afrika
Von Annika Heck.

AFRIKA: UMWELTRECHT

37 Internationale Standards für nationale Umwelthaftungsnormen: Eine afrikanische Perspektive
Von Prof. Oliver Ruppel.

AFRIKA SÜD-DOSSIER
KLIMAKRISE IM SÜDLICHEN AFRIKA – ZEIT ZU HANDELN!
BONN, OKTOBER 2021

Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P.), Daniel Düster, Annika Heck, Dr. Michael Kretzer, Rene Vesper

Herausgeber: informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369, E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Layout und Heftgestaltung: HUSS deisgn
Titelbild: „Let Them Eat Carbon“: Oxfam-Aktion beim UN-Klimagipfel in Durban 2011.
Foto: Ainhoa Goma/Oxfam, cc: by-nc
Rückseite: Nordwest-Madagaskar.
Foto: Climate Centre cc: by-nc

Gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Rosa Luxemburg Stiftung wieder.

Europa darf Afrika im Klimaschutz nicht im Stich lassen

„Wir sind Lichtjahre von unseren Zielen entfernt", warnte UN-Generalsekretär António Guterres zum Auftakt des Welternährungsgipfels am 23. September in New York. Das Zeitfenster schließe sich, um die Klimakrise noch einzudämmen. China und die USA haben vor dem im November anstehenden Klimagipfel in Glasgow zwar nicht ausreichende, zumindest aber doch ein wenig ermutigende Zusagen gemacht. Die USA wollen ihre Klimahilfen an ärmere Länder verdoppeln, China will die Entwicklung von grünen Energien verstärken und keine neuen Kohlekraftwerke im Ausland mehr bauen.

Für die Länder des Globalen Südens, die am meisten unter der Klimakrise leiden, sind das nur vage Hoffnungen. Große Teile des südlichen Afrika leiden unter seit Jahren anhaltender Dürre und immer häufigeren Zyklonen und Überschwemmungen. Der Süden Madagaskars ist ebenso von einer verheerenden Hungersnot betroffen wie die südlichen Provinzen Angolas, wo die pastorale Bevölkerung über die Grenze nach Namibia flieht.

Die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz sind in Ländern Afrikas und des Globalen Südens allerdings noch schwach ausgebildet. Dies liegt nicht nur an organisatorischen sowie verwaltungstechnischen Gegebenheiten und Mängeln, sondern auch an entwicklungsbezogenen Prozessen, die dem vielerorts unreflektierten Wunsch folgen, Afrika zu industrialisieren wie das „Vorbild Europa". Eine Kette von Reaktionen wird z. B. durch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft sowie Müll aus Fabriken ausgelöst. All das gelangt in die Flüsse und fließt schließlich ins Meer. Hierdurch werden ganze Mangrovenwälder zerstört und die darin lebenden Organismen und Fische vernichtet. Der gesamte biologische Kreislauf geht verloren, was einen Teufelskreislauf mit sich zieht: Die Verschmutzung der Gewässer führt zum Rückgang des Fischfangs, hieraus folgen Nahrungsknappheit und im schlimmsten Fall Hungersnot, was wiederum dazu führt, dass immer mehr Menschen auswandern.

Den Europäern nachzueifern und die Länder Afrikas zu industrialisieren, mag zwar gut gemeint sein, jedoch haben die unangepassten und energieintensiven Technologien negative Auswirkungen auf das Klima auf dem afrikanischen Kontinent. Doch Afrika hat auch die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Denn die afrikanischen Länder haben größtenteils die klimaschädlichen Entwicklungsschritte der Industrialisierungszeit ausgelassen.

Bereits jetzt steht der Kampf gegen Extremwetter und Wassermangel auf dem Plan. Armut, soziales Gesellschaftsgefälle und Bevölkerungswachstum beeinträchtigen das Ganze noch zusätzlich. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind in vielen afrikanischen Staaten gefährdet oder noch im Werden begriffen. Doch genau das wäre für die Schaffung von Klimaschutz eine essenzielle Rahmenbedingung.

Seit über 30 Jahren ist in Europa das Bemühen für einen besseren Umweltschutz im Gange. Die Gesellschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, für einen besseren Klimaschutz in der Gegenwart und Zukunft zu kämpfen. Auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro unterzeichneten 154 Staaten die ausgehandelte Klimakonvention der Vereinten Nationen, die zwei Jahre später, also 1994, in Kraft trat. Aufgrund mehrerer Umweltkatastrophen erkannte die Staatengemeinschaft die globale Erderwärmung als Problem an und verpflichtete sich zugleich zum Handeln. Wenige Jahre später, 1997, folgte das Kyoto-Protokoll. Es wurde bereits auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention verabschiedet. Diese enthielt erstmals rechtsverbindliche Verpflichtungen zum Klimaschutz für die Industrieländer. Das Ziel: die Treibhausgasemissionen zu verringern.

In Europa und Deutschland ist der Druck durch Gesellschaft und Umweltverbände auf Politik und Industrie mittlerweile so stark, dass die Gesellschaft sowie die Industrie Veränderungen im Bereich Klimaschutz vollziehen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung darauf verpflichtet, das Klimaschutzgesetz im Sinne künftiger Generationen nachzubessern und an die Vorgaben des Grundgesetzes anzupassen. Das hat zur Folge, dass die Industrie verpflichtet ist, neue Technologien zu entwickeln und Produktionsverfahren gemäß eines nachhaltigen Klimaschutzes anzupassen.

Obwohl es seitens der Afrikanischen Union und SADC verschiedene Richtlinien zum Klimaschutz gibt, sieht die Umsetzung in Afrika anders aus. Auch das Pariser Klimaschutzübereinkommen von 2015 hat nicht gereicht, die komplexeren Herausforderungen des Klimaschutzes in Afrika anzugehen. Die Industrieländer müssen der rechtsverbindlichen Verpflichtung zu Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung auf globaler Ebene wie auch im südlichen Afrika nachgehen. Der alte afrikanische Nachbarkontinent Europa soll weiter mithelfen. Gemeinsame Verpflichtungen zum Umweltschutz zwischen Europa und Afrika sind mehrfach verabschiedet worden. Nun muss die angepasste Implementierung folgen, gesellschaftlich und naturnah.

Sultan Mussa

Der Autor war früher Projektbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mosambik.



Bewässern für bessere Erträge. Foto: Africa Climate Change Resilience Alliance

Es ist Zeit zu handeln!

KLIMAWANDEL IM SÜDLICHEN AFRIKA

Der Zyklon Idai, einer der schlimmsten tropischen Wirbelstürme, der jemals über Afrika und die südliche Hemisphäre hinweggefegt ist, traf am 14. März 2019 auf Mosambik. Innerhalb von nur fünf Tagen traf er mehr als 2,2 Mio. Menschen in Mosambik, Simbabwe und Malawi. Mehr als 1300 Menschen starben und Tausende wurden vertrieben. Es handelt sich um die schlimmste Natur- und Klimakatastrophe, die sich bisher im südlichen Afrika ereignet hat. Sie war ein Signal für das, was noch kommen wird. Idai ist die Folge der sich verändernden Klimabedingungen und des steigenden Meeresspiegels, die weltweit extreme Wetterbedingungen verursachen.

Das südliche Afrika ist die Heimat von schätzungsweise 345 Mio. Menschen. Die Region weist eine unglaubliche Vielfalt an Ökosystemen, natürlichen Ressourcen, wirtschaftlichen Aktivitäten und unterschiedlichen Siedlungen auf. Der Großteil des Lebensunterhalts in der Region wird durch die landwirtschaftliche Produktion gesichert. Der Klimawandel stellt eine neue Bedrohung und Herausforderung für die Region dar, da viele Haushalte nur begrenzt in der Lage sind, sich an Klimaschwankungen und -veränderungen anzupassen. Dies wird durch die bereits bestehenden schlechten Bedingungen an einigen Orten noch verschärft.

Häufigere Dürren

Der Weltklimarat sagt voraus, dass Afrika eine der am stärksten betroffenen Regionen der Welt sein wird. Jüngste Berichte deuten darauf hin, dass sich der größte Teil des südlichen Afrika in diesem Jahrhundert erwärmen wird, wobei sich die trockeneren subtropischen Regionen stärker erwärmen werden als die feuchten Tropen. Die jährlichen Niederschläge werden wahrscheinlich in der gesamten Region abnehmen.

Der Klimawandel wird eine besondere Herausforderung für die Nahrungsmittelproduktion in der Region darstellen. Die Landwirtschaft im südlichen Afrika ist in hohem Maße vom Regenfeldbau abhängig. Häufigere und länger anhaltende Dürren werden daher die Ernteerträge ernsthaft verringern und damit die Ernährungssicherheit beeinträchtigen. Dürregefährdete Gebiete in Namibia, Botswana und Simbabwe werden davon besonders betroffen sein. Dies bedeutet, dass in diesen Regionen die landwirtschaftlich nutzbare Fläche reduziert wird. Dies wird zu Ernteeinbußen bei wichtigen Kulturpflanzen wie Mais, Sorghum oder Weizen führen. Die Verringerung der produktiven Flächen bedeutet außerdem, dass es in der Region weniger Weideflächen für Rinder und anderes Vieh geben wird. Darüber hinaus werden die steigenden Temperaturen in Seen und Meeren zu einem Rückgang der Fischpopulationen in der Region führen.

Wasserknappheit und Migration

Die in der Region bereits bestehenden Wasserprobleme werden sich durch den Klimawandel wahrscheinlich noch weiter verschärfen. Dürreperioden und geringere jährliche Niederschläge werden die Wassermenge in Dämmen und Stauseen stark reduzieren. Andererseits werden intensive Niederschlagsereignisse an einigen Orten die Häufigkeit von Überschwemmungen erhöhen. Der geringere Gesamtabfluss wird jedoch den derzeitigen Wassermangel verschärfen, die

Qualität und Quantität des für den häuslichen und industriellen Gebrauch verfügbaren Wassers verringern und die Wasserkrafterzeugung einschränken. Schon jetzt leiden einige Flüsse in der Region wie der Save, der Limpopo und der Sambesi unter Verschlammung, was auch auf den Rückgang der Waldflächen und schlechte Umweltpraktiken zurückzuführen ist.

Anhaltende Dürren, Überschwemmungen und andere extreme Wetterbedingungen werden die Menschen veranlassen, auf der Suche nach fruchtbarem Land, sauberem Wasser und Weideland ihre Heimat zu verlassen. Dies wird zu Druck und Spannungen führen, da die Menschen um den Zugang zu Land, Wasser und neuen Lebensräumen kämpfen. Die globale Erwärmung und der Klimawandel tragen in der SADC-Region bereits jetzt zur Binnenmigration bei. Mit zunehmenden Ernteausfällen in Verbindung mit wiederkehrenden Dürren werden immer mehr Menschen, vor allem Subsistenzbauern, ihr Land aufgeben und in die Städte abwandern, um alternative Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Es ist zu erwarten, dass der Klimawandel die umweltbedingten Migrationsmuster noch verschärfen wird, sodass es dringend notwendig ist, sich mit den Auswirkungen des Klimawandels zu befassen, um weitere Katastrophen und Konflikte zu vermeiden.

Was wird unternommen?

In der Region gibt es Maßnahmen, die auf die Verminderung der Auswirkungen des Klimawandels abzielen. Diese reichen von regierungspolitischen Entscheidungen bis hin zu praktischen Maßnahmen. Alle Länder der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika sind Vertragsparteien des UNFCCC, der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Die meisten Länder haben ihre ersten Berichte (Nationally Determined Contributions; NDC) vorgelegt; andere befinden sich in der Phase der Überarbeitung ihrer NDCs, was bereits jetzt ein Fortschritt ist. Auf nationaler Ebene verfügen die meisten Länder über Strategien zur Bewältigung des Klimawandels und über eine eigene Klimaschutzpolitik. Was die Klimapolitik betrifft, so gibt es in der Region eindeutige politische Maßnahmen und Strategien. Die größte Herausforderung bei diesen Maßnahmen ist die Umsetzung und Finanzierung.

Der Großteil der Finanzierung von Klimamaßnahmen und Resilienzaufbau in der Region erfolgt durch Entwicklungspartner sowie bilaterale und multilaterale Geldgeber. Es gibt bereits gute Programme, die von solchen Partnern finanziert wurden. Ein Beispiel ist der Zimbabwe Resilience Building Fund, der mehr als 180.000 Haushalte mit Maßnahmen unterstützt, die darauf abzielen, die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften gegenüber Schocks und Belastungen zu erhöhen. Der Fonds unterstützt auch nationale Erhebungen, die für die Durchführung von Resilienzprogrammen von entscheidender Bedeutung sind, wie z. B. Bewertungen der Existenzgrundlagen und der Vulnerabilität, Armutserhebungen und Erhebungen zur Landwirtschaft.

In anderen Ländern des südlichen Afrika gibt es weitere interessante Klima- und Resilienzförderungsprogramme. In Malawi heißt ein entsprechendes Projekt „Saving Lives and Protecting Agriculture-based Livelihoods in Malawi: Scaling Up the Use of Modernized Climate Information and Early Warning Systems“ (M-CLIMES). Das Projekt wird vom Green Climate Fund (GCF), einem globalen Fonds, der eingerichtet wurde, um die Bemühungen der Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, auf die Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren, kofinanziert. Es unterstützt Malawis Regierung dabei, wichtige Schritte zu unternehmen, um Leben zu retten und die Lebensgrundlagen zu verbessern, die durch klimabedingte Katastrophen gefährdet sind. Hierbei konzentriert sich das Projekt auf die technischen und finanziellen Kapazitäten Malawis sowie auf die Zugangsbarrieren im Zusammenhang mit Wetter- und Klimainformationen.

Diese und weitere Maßnahmen sind in der aktuellen Phase, in der die Region bereits die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommt, wichtig. Es ist notwendig, die Finanzierung solcher Projekte in der Region fortzusetzen, um Haushalte, die von Klimaschocks betroffen sind, zu unterstützen.



Foto: imagebroker/Stefan Auth

Was muss getan werden?

Es besteht kein Zweifel, dass die Welt bei der Bewältigung des Klimawandels zusammenarbeiten muss. Die Prozesse und Verpflichtungen, die auf globaler Ebene eingegangen wurden, um das Problem des Klimawandels anzugehen, müssen dringend eingehalten werden. Denn die Welt hat nur eine begrenzte Zeit, um gegen den Klimawandel vorzugehen. Um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, müssen wir den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad begrenzen. Im Jahr 2015 haben sich die Länder in Paris darauf geeinigt, den Temperaturanstieg auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Die Länder, die das UNFCCC unterzeichnet haben, haben diesem Plan zugestimmt, aber die aktuellen

Pläne auf Länderebene (die NDCs) sind zum Teil weit davon entfernt, den Temperaturanstieg zu reduzieren. Die Wissenschaft sagt uns, dass bei unseren derzeitigen Plänen die Kohlenstoffemissionen wahrscheinlich dazu führen werden, dass die globale Durchschnittstemperatur in den nächsten zwölf Jahren die 2-Grad-Marke überschreitet und bis zum Ende des Jahrhunderts die 3-Grad-Marke erreicht haben wird. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit. Es muss jetzt gehandelt werden, um die Klimakatastrophe aufzuhalten. Die Länder müssen Strategien entwickeln, um die Kohlenstoffemissionen zu reduzieren und das Netto-Null-Ziel zu erreichen.

In der SADC-Region müssen die Länder Anstrengungen unternehmen, um den Klimawandel zu bewältigen. Für die SADC-Länder ist die Frage des Klimawandels eine Frage der Klimagerechtigkeit. Doch mit Ausnahme Südafrikas haben die SADC-Länder nur geringfügig zu den weltweiten Emissionen beigetragen. Die Industrieländer sind für den größten Teil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das ist eine Tatsache. Deshalb wird darauf hingewiesen, dass die Industrieländer mehr zur Lösung der Krise beitragen müssen. Doch leider müssen auch die Länder im südlichen Afrika mehr tun, um zur Abschwächung des Klimawandels beizutragen. Die einzelnen SADC-Staaten müssen sich besser auf klimabedingte Katastrophen und andere klimabedingte Notfälle vorbereiten. Es muss mehr getan werden, um die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften gegenüber den Folgen des Klimawandels zu stärken.

Die Länder im südlichen Afrika müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um die Kernpunkte ihrer Klimapolitik und Reaktionsstrategien umzusetzen. Es bedarf eines politischen Willens zur Finanzierung von Klimainitiativen in den Ländern. Bislang verfügen nur wenige Länder der Region über Klimafonds oder -programme, die aus ihren jeweiligen Staatshaushalten finanziert werden.



Trockenheit in Mosambik.
Foto: Aurélie Marrier d'Unienville/IFRC / cc: by-nc-nd

Indigene Wissenssysteme stärken

Die Menschen im südlichen Afrika müssen für den Klimawandel sensibilisiert werden. Es sind bereits jetzt Informationen verfügbar, aber es ist notwendig, gefährdete Gruppen, Frauen, Jugendliche und indigene Gemeinschaften zu erreichen. Ich habe festgestellt, dass die Menschen in den Städten sich zwar der Problematik des Klimawandels bewusst sind und diese auch verstehen, in den Dörfern und auf dem Land aber noch viel mehr getan werden muss. Hier sind die Regierungen und Entwicklungspartner gefragt. Die Informationen müssen in lokale und indigene Sprachen übersetzt werden, damit die Menschen verstehen, was sie bedeuten. Auch die Aufklärung über den Klimawandel muss auf die verschiedenen Kontexte abgestimmt werden. Darüber hinaus müssen auch religiöse Führer in der Region eine Rolle bei der Verbreitung von Informationen über die Auswirkungen des Klimawandels spielen. Denn die Mehrheit der Menschen in der Region ist religiös.

Außerdem müssen die Maßnahmen auf der Gemeindeebene sicherstellen, dass sie sich auf bereits vorhandene indigene Wissenssysteme stützen. In verschiedenen Gemeinschaften der Region gibt es bereits indigene Mechanismen zur Bewältigung des Klimawandels. Anstatt fremde Modelle der Widerstandsfähigkeit zu übernehmen, muss in umfassende Studien und Forschungen zu indigenen Wissenssystemen investiert werden. Dies wird für die Umsetzung von Projekten zur Anpassung an den Klimawandel und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit auf Gemeindeebene wichtig sein. Die Nutzung indigener Wissenssysteme wird auch dazu beitragen, das Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels in der Gemeinschaft zu schärfen, ohne dass sich die Menschen dagegen wehren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass für die Menschen im südlichen Afrika viel auf dem Spiel steht, wenn die Welt nicht die notwendigen Schritte zur Bekämpfung des Klimawandels unternimmt. Die Vertragsparteien des UNFCCC müssen ihre ehrgeizigen Pläne zur Begrenzung der globalen Temperaturen auf unter 1,5 Grad Celsius umsetzen. Das südliche Afrika spürt bereits jetzt die harten Auswirkungen des Klimawandels und extremer Wetterbedingungen wie Überschwemmungen und Dürren. Wir müssen jetzt handeln, um die Lebensgrundlagen der Menschen zu schützen.

Collins Shava

Der Autor ist Geschäftsführer der Youth at All Africa Conference of Churches (AACC-CETA) in Simbabwe und Experte in Umwelt- und Klimafragen.
https://collinsshava.wordpress.com/



Der Trockenheit in Kenia trotzen. Foto: Jervis Sundays, Kenya Red Cross Society / cc: by-nc-nd

Hitzewellen, Dürre und Überschwemmungen

DER IPCC-BERICHT BIETET EINEN EINBLICK IN DIE NEUESTEN KLIMAWANDELPROGNOSEN FÜR AFRIKA.

Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) – ein Gremium der Vereinten Nationen, das mit der Bereitstellung wissenschaftlicher Informationen über den Klimawandel beauftragt ist – hat einen umfassenden neuen Bericht veröffentlicht. Dieser führt Ergebnisse sowohl aus gegenwärtigen als auch älteren Klimabeobachtungen zusammen. Mit den neuesten Erkenntnissen der Klimaforschung umfasst der Bericht den aktuellsten Wissensstand rund um den Klimawandel. Das Verständnis dieser Erkenntnisse ist essenziell, um einen Eindruck davon zu bekommen, wie unsere Zukunft aussehen könnte.

Nach dem Bericht des Klimarats ist der Klimawandel offensichtlich, da jedes der letzten vier Jahrzehnte wärmer war als alle vorherigen Jahrzehnte seit 1850. Zudem hat sich der durchschnittliche Landniederschlag seit Mitte des 20. Jahrhunderts verstärkt und der Meeresspiegel ist zwischen 1901 und 2018 im Durchschnitt um 0,15 bis 0,25 Meter angestiegen.

Es wird befürchtet, dass mit steigender Erderwärmung extremere Wetterereignisse wie Dürren sowohl in Häufigkeit als auch in Intensität zunehmen werden. Die Erderwärmung wird hauptsächlich durch Treibhausgasemissionen verursacht, welche durch menschliche Aktivitäten, wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdgas, Öl) und Kohleabbau, entstehen.

Im Hinblick auf Afrika sagt der Bericht einen Anstieg der Durchschnittstemperatur und Hitzeextreme für den Kontinent voraus. Mit Ausnahme von Ostafrika und der Sahara ist auf dem gesamten Kontinent mit zunehmender Trockenheit zu rechnen.

Erschreckenderweise übersteigt der durchschnittliche Temperaturanstieg Afrikas den globalen Durchschnitt. Außerdem werden, je wärmer es wird, Häufigkeit und Intensität schwerer Niederschläge fast überall in Afrika zunehmen. Auch maritime Hitzewellen und ein Anstieg des Meeresspiegels in Küstenregionen des Kontinents sind zu erwarten. Die Klimaerwärmung könnte in Zukunft zu mehr Hitzeextremen, wie Hitzewellen, sowie zu einer Abnahme an Kälteextremen führen.

Die vorhergesagten trockeneren und heißeren Zustände werden verheerende Folgen für den Kontinent haben, auf dem die Wirtschaft der meisten Länder und die Lebensumstände der meisten Menschen auf einer von Regen abhängigen Landwirtschaft basieren. Tatsächlich werden Veränderungen des Klimas zu Veränderungen in fast allen Lebensbereichen führen.

Regionale Folgen

Sollte – wie es der Bericht voraussagt – eine Klimaerwärmung von mindestens 2°C bis Mitte des 21. Jahrhunderts stattfinden, wird das südliche Afrika (trotz insgesamt intensiverer Niederschlagsereignisse, d. Red.) höchstwahrscheinlich eine Abnahme des durchschnittlichen Niederschlags

erfahren. Die zunehmende Trockenheit und Dürre werden sich nachteilig auf die Landwirtschaft auswirken. Das ist in Madagaskar und Südafrika bereits jetzt erkennbar.

Dies hat gravierende Auswirkungen auf alle Bereiche inklusive Landwirtschaft, Wasserversorgung und Gesundheit. Die Trockenheit würde außerdem das Potenzial der Energiegewinnung aus Wasserkraft reduzieren und so den energieabhängigen Sektoren schaden. Dies ist bereits heute am niedrigen Stand der Kariba-Talsperre zu sehen, welche sich zwischen Simbabwe und Sambia befindet.

Zudem wird es in der Region mehr tropische Stürme geben. Im südlichen Afrika hat sich das Vorkommen tropischer Zyklone aufgrund der durch den Klimawandel angestiegenen Meerestemperaturen nach Süden verschoben. Es wird befürchtet, dass diese Stürme so zerstörerisch sein werden wie Idai und Kenneth 2019 in Madagaskar und Mosambik.

Bezüglich Ostafrika sagt der Bericht eine Zunahme des durchschnittlichen Niederschlags voraus, was die Landwirtschaft begünstigt. Jedoch können eine höhere Häufigkeit und Intensität von Starkregen und Überschwemmungen in einigen semi-ariden und ariden Regionen einen gegensätzlichen Effekt haben.

Zum Niederschlag im östlichen Afrika hat es einige widersprüchliche Informationen gegeben. Dies bezieht sich auf Beobachtungen, dass die allgemeinen Zirkulationsmodelle, welche für die Erstellung der IPPC-Berichte genutzt werden, den beobachteten Niederschlag in der Region nicht gut darstellen. Die meisten Modelle sagen einen Anstieg an Regenfällen voraus, während bisherige Beobachtungen das Gegenteil zeigen. Dies wird auch „das Paradoxon des ostafrikanischen Klimas“ genannt. Die beobachtete Verkürzung der Regenzeit, welche das Modell außer Acht lässt, erklärt das Paradoxon.

Abgesehen vom Niederschlag werden die aufgezeichnete und die voraussichtlich ansteigende Temperatur die Menge an Schnee und Gletschern in der Region reduzieren. Ein Temperaturanstieg wird einen Anstieg der Malariainfektionen, besonders in den Hochlandregionen Ostafrikas, nach sich ziehen.

Nordafrika ist ein Hotspot des Klimawandels. Der Bericht erwartet mit großer Sicherheit einen Temperaturanstieg in der Region, der extreme Hitzewellen mit sich bringen wird. Die projizierte Austrocknung wird die in der Region bereits bestehende Dürre verstärken und die Wasserknappheit verschlimmern.

Des Weiteren wird die Situation die Waldbrandgefahr erhöhen, was eine Bedrohung für Ökosysteme darstellt. So ist es momentan in Algerien zu sehen. Hier wurden dieses Jahr bereits mehr als 100 Brände in 17 Provinzen gemeldet, bei denen über 40 Menschen zu Tode kamen.

Der Bericht erwartet außerdem eine Abnahme der durchschnittlichen Windgeschwindigkeit über Nordafrika. Die Windgeschwindigkeit ist von der Temperatur und den daran gebundenen atmosphärischen Druckveränderungen abhängig. Dies wird einerseits das Windenergiepotenzial der Region einschränken, andererseits jedoch auch Sandstürme reduzieren, welche gesundheitliche Schäden wie die Entstehung oder Verschlimmerung von Asthma und Bronchitis hervorrufen.

West- und Zentralafrika sollen dem Bericht nach auf ähnliche Weise einen Rückgang des durchschnittlichen Niederschlags sowie der Dürren mit Folgen für Landwirtschaft und Ökosysteme erleben. All das wirft einen dunklen Schatten auf Landwirtschaft und Wasserversorgung in der Region.

Entlang der afrikanischen Küsten wird der Meeresspiegelanstieg wahrscheinlich zu einer Zunahme der Häufigkeit und Stärke von Überschwemmungen in tieferliegenden Gebieten beitragen, wie kürzlich in Lagos, Nigeria zu sehen. Dies hat eine weitreichende Zerstörung sensibler Ökosysteme zur Folge und wird die Gemeinden in Küstenstädten zur Umsiedelung zwingen. Der Anstieg des Meeresspiegels wird ebenso zum Eindringen von Salzwasser führen, was die Verfügbarkeit von Trinkwasser einschränken wird.

Wohin führt der Weg für Afrika?

Trotz der Erwartung eines Rückgangs des durchschnittlichen Niederschlags in fast allen Regionen Afrikas sind schwere Niederschläge und daraus resultierende Überschwemmungen wahrscheinlich. Die Zunahme von Extremniederschlägen hat weitreichende Folgen für fast alle sozioökonomischen Bereiche von Landwirtschaft über Wasserversorgung und Umwelt bis hin zur Infrastruktur. Diese zählen zu den Schlüsselsektoren sozioökonomischer Entwicklung.

Dies – verschärft durch das starke Bevölkerungswachstum – zeichnet ein besorgniserregendes Bild kommender Herausforderungen. Es wird mit ziemlicher Sicherheit die bereits existierende Entwicklungslücke weiten. Dies macht es erst recht erforderlich, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um sich für zukünftige, durch den Klimawandel verursachte Herausforderungen zu wappnen.

Victor Ongoma

Der Autor ist Dozent an der Université Mohammed VI Polytechnique in Marokko.
Sein Beitrag erschien im englischen Original in The Conversation, 11. August 2021
https://theconversation.com/insights-for-african-countries-from-the-latest-climate-change-projections-165944



Die Dürre im Süden Madagaskars hat verheerende Auswirkungen. Foto: Pierrot men/Amnesty International

Das stille Leiden Madagaskars

MADAGASKAR IST VOM KLIMAWANDEL BESONDERS HART BETROFFEN.

Mitte Juli 2021 zeigten sich die Folgen der Klimakrise unerwartet heftig in Deutschland. Starkregen und Hochwasser forderten mehr als 100 Tote. Es entstanden beträchtliche materielle Verluste und Schäden sowie hohe finanzielle Kosten für den Wiederaufbau der betroffenen Gebiete. Die Klimakrise wurde hierzulande ganz konkret spürbar und hat viele Debatten ausgelöst – besonders im Rahmen der Wahlperiode.

In 15.000 km Entfernung, in Südmadagaskar, herrscht seit November 2020 bis dato eine der härtesten Dürren der letzten 40 Jahre. Die ersten Berichte hierzu erschienen allerdings erst im Mai 2021 in den deutschen Medien. Von der Dürre sind 1,3 Mio. Madagassen und Madagassinnen betroffen, darunter 70.000 Kinder, die kritisch unterernährt sind. Ohne die vielen internationalen Hilfsorganisationen, die vor Ort unterstützen, wären die Opferzahlen dramatisch höher.

Wetterextremereignisse sind auf Madagaskar für die Bevölkerung seit Dekaden hautnah zu spüren. Die Insel wird von häufigen und intensiven Wetterextremen wie Starkregen, Überschwemmungen, Zyklonen und Dürren als Folgen der Klimakrise heimgesucht. Diese fügen der ohnehin kaum vorhandenen Infrastruktur enormen Schaden zu und zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen, die wenig resilient sind und ohnedies bereits am Rande der Existenz leben. Die Folgen der Klimakrise treffen hierbei ein Land, das pro Kopf nur 0,16 Tonnen CO_2 verursacht – etwa 54-mal weniger CO_2 Ausstoß pro Kopf als in Deutschland. Hier spricht man von Klimaungerechtigkeit.

Achtzig Prozent leben in Armut

Der Süden von Madagaskar liegt in den ariden Subtropen, die natürlicherweise trocken, mit nur wenigen Regentagen im Jahr, sind. Die Vegetation ist dort weltweit einzigartig und hat sich durch zahlreiche Wasserspeicherungsmerkmale evolutionär angepasst. Durch die Entstehung von Dornen ist ein natürlicher Fraß- und Sonnenschutz entstanden. Die Menschen in dieser Region haben sich sowohl in ihrer Lebensweise als auch in ihrer Kultur an die physikalischen Bedingungen angepasst (z. B. nomadische Weidewirtschaft, Süßkartoffel- und Maniokanbau). Eine Erhöhung der Temperatur wird für die Menschen in Südmadagaskar drastische Folgen haben: Wenn der Regen ausfällt, trocknen Flüsse und Seen aus und es ist den überwiegend dort lebenden Bauern und Hirten nicht möglich, ihre Lebensgrundlage zu sichern. Ernten fallen aus, das Vieh geht zugrunde.

Als Folge der Verschlechterung der Lebensbedingungen sind viele Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Menschen, die ausreichende oder gerade genügend finanzielle Ressourcen haben, ziehen in andere Regionen mit besseren Wetterbedingungen und Perspektiven oder sie gehen in die Städte, die bereits jetzt schon überfüllt sind. Dort wiederum steigert die durch die Klimakrise verstärkte Binnenmigration Armut und Kriminalitätsraten: Wohnraummangel, Schmutz, Elend und Kriminalität breiten sich aus; so führt die Klimakrise auch zu Unsicherheit und Verschlechterung sozialer und wirtschaftlicher Probleme auf Madagaskar. Betroffene, die keine oder nur wenig finanzielle Ressourcen besitzen, versuchen unter diesen schweren Bedingungen vor Ort schlichtweg zu überleben. Sie verzehren alles, was ihre Mägen füllt: Wurzeln, Kakteen, Lehm, Heuschrecken oder wiederaufbereitete Lederreste alter Schuhe.

Internationale Hilfsorganisationen wie die Welthungerhilfe, das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sowie Ärzte ohne Grenzen versuchen vor Ort zu helfen,

indem sie Essen und Medikamenten bereitstellen. Jedoch erschweren der schlechte Zustand der Straßen und die Isolation vieler Dörfer die Verteilung der Güter und Versorgung der Menschen erheblich. Die Deutsche KlimaStiftung beispielsweise konnte durch einen Spendenbeitrag an die Bürgermeisterin der Stadt Ambovombe direkt vor Ort Hilfe leisten. Die Spende finanziert die wöchentliche Versorgung von 300 Menschen, überwiegend Kinder, mit Essen über einen Zeitraum von sechs Wochen. Solche Maßnahmen sind jedoch nur eine Notlösung, denn langfristig müssen die Ursachen der Klimakrise global bekämpft werden.

Die Klimakrise trifft hier ein Land, das zu den ärmsten der Welt gehört, geplagt von Korruption und politischen Krisen. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Madagaskars leben in Armut mit weniger als 1,90 US-Dollar am Tag. Die Klimakrise und ihre Folgen sind – neben dem Verlust der immensen Artenvielfalt und den aktuellen Pandemiebedingungen – ein zusätzlicher Faktor, der nicht nur die Wirtschaft und die Ökologie der Insel, sondern auch die Politik und das soziale Gefüge der Gesellschaft bereits jetzt negativ beeinflusst. Da es sich hier um eine Insel handelt, die von den Menschen nicht ohne weiteres verlassen werden kann, könnte es in Zukunft zu massiver Hungersnot, weiterer Verarmung der Bevölkerung, politischen Krisen, Bürgerkriegen sowie zur nahezu vollständigen Zerstörung des Ökosystems kommen.



Nordwest-Madagaskar. Foto: Climate Centre cc: by-nc

Flucht vor Extremwetterereignissen

Als historisch und aktuell hauptverantwortlich für die globale Klimakrise werden unumstritten Staaten aus dem sog. Globalen Norden betrachtet. Es liegt damit in ihrer Verantwortung, Länder des Globalen Südens wie etwa Madagaskar finanziell und technisch zu unterstützen. Nur so können die Folgen der Klimakrise gelindert werden. Diese Unterstützung könnte im Rahmen des sog. Verursacherprinzips gewährleistet werden, bei dem der Globale Norden die Verluste und Schäden im Globalen Süden finanziell ausgleicht. Die Problematik ist jedoch wesentlich komplexer. Postkoloniale Gefüge, unfaire globale Wirtschaftsstrukturen, Ressourcenausbeutung sowie die Abwesenheit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen parallel zu einer funktionierenden globalen Klimapolitik berücksichtigt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass klimabedingte Migration in Zukunft zunimmt, ist daher sehr hoch.

Insgesamt wurden 2015 bereits ca. 19 Mio. Menschen weltweit von Extremwetterereignissen vertrieben (Neue Züricher Zeitung, 2017). Das ist doppelt so viel wie die im selben Jahr von Gewalt und Krieg vertriebenen Menschen. 2050 werden schätzungsweise 140 Mio. Menschen als Folge des Klimawandels flüchten müssen (Welthungerhilfe, 2020). Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Mehrheit dieser Menschen innerhalb ihrer Region oder in benachbarte Länder migriert. Einkommensschwache Menschen sind wenig oder kaum mobil.

Zudem ist es unmöglich, zwischen den verschiedenen Fluchtursachen zu unterscheiden. Folglich wird es schwer sein, genaue Zahlen zu klimabedingter Flucht und Migration zu erfassen und vorherzusagen. Begriffe wie „Masseneinwanderungen“ oder „Flüchtlingswellen“ in den Medien sowie die Abschottungspolitik Europas in Sachen Flucht erschweren die Sichtbarkeit von klimabedingter Flucht, die Entwicklung eines gesellschaftlichen Bewusstseins hierfür und entsprechende politische Entscheidungen. Auf dieser Grundlage ist es äußerst schwierig, den von Wetterextremen vertriebenen Menschen einen international rechtlich legalen Status als Geflüchtete zu sichern. Bisher werden die Menschen, die aufgrund von Wetterextremen geflohen sind, nicht in der Genfer Flüchtlingskonvention berücksichtigt. Gründe wie Armut, Hunger oder der Klimawandel stellen laut der Konvention keine politische Verfolgung dar.

Ein anderes Instrument, der 2018 ratifizierte UNO-Flüchtlingspakt, erkennt zwar die Folgen des Klimawandels als Treiber von zukünftigen internen und externen Fluchtbewegungen an, bezeichnet die Klimavertriebene aber nicht als Geflüchtete. Auf Madagaskar könnten die Folgen des Klimawandels die Anzahl der Binnenvertriebenen deutlich erhöhen. In Extremfällen können die Madagass*innen jedoch nicht einmal in die Nachbarländer fliehen. Sie sind auf einer Insel gefangen.

Dr. Tsiry Rakotoarisoa

Der Autor ist Referent für „Klimaflucht und Klimagerechtigkeit“ bei der Deutschen KlimaStiftung
Kontakt: info@deutsche-klimastiftung.de



Foto: Bwala Midia

Dürre, Landnahme und Flucht

DER VERGESSENE HUNGER IM SÜDEN ANGOLAS.

Nach Aussage von Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika, stehen „Millionen von Menschen im Süden Angolas am Rande des Hungertods, gefangen zwischen den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels und der Umwidmung von Land für die kommerzielle Viehzucht." Vor der anhaltenden Dürre sind Tausende Menschen nach Namibia geflohen.

Ein Team von Amnesty International hatte bereits 2018 und 2019 bei Besuchen der Gemeinde Gambos in der Provinz Huíla im Süden Angolas mehrere Fälle von Hunger und Auszehrung unter den traditionellen Hirtengemeinschaften gefunden (vgl. afrika süd Nr. 6, 2020). Bereits damals war von der schlimmsten Dürre seit 40 Jahren die Rede. Drei Jahre später gibt es keine Anzeichen für ein Abklingen der Dürre.

Nach Angaben der Associação Construindo Comunidades (ACC), einer lokalen NRO, sind Dutzende Angehörige der traditionellem Hirtenfamilien in Gambos seit 2019 an Unterernährung gestorben, wobei ältere Menschen und Kinder besonders gefährdet sind. ACC, das in dem Gebiet Lebensmittelkörbe verteilt hat, erklärte, die Menschen hätten sich mit dem Verzehr von Blättern begnügt, um zu überleben.

2020 und 2021 konnte Amnesty International bei Besuchen der Provinzen Huíla und Cunene feststellen, dass die Dürre weiterhin die Lebensgrundlage von Viehzüchterfamilien im Süden Angolas zerstört. Nach Schätzungen des Welternährungsprogramms vom Mai 2021 haben sechs Millionen Menschen in Angola nicht genügend zu essen. Dabei ist die Ernährungsunsicherheit im Süden des Landes am größten.

Auf der Flucht vor dem Hunger

Die Angolaner*innen, die an der Grenze zu Namibia leben, insbesondere in den Provinzen Cunene und Huíla, sind besonders stark von der anhaltenden Dürre betroffen. Die Regenzeit 2020/21 war ungewöhnlich trocken, was bedeutet, dass sich die Situation in den kommenden Monaten wahrscheinlich noch deutlich verschlimmern wird. Der Hunger hat seit Anfang März 2021 Tausende über die namibische Grenze getrieben, eine verzweifelte Maßnahme auf der Suche nach Lebensmitteln, Wasser und lebenswichtigen Diensten wie der Gesundheitsversorgung.

Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) berichtete, dass die lokalen namibischen Behörden bis März 2021 insgesamt 894 angolanische Staatsangehörige in den Regionen Omusati und Kunene registriert haben. Im Mai 2021 berichteten angolanische NRO, dass mehr als 7.000 Angolaner, hauptsächlich Frauen mit Kindern und Jugendlichen, nach Namibia geflohen sind, und die Zahl steigt weiter. Die angolanischen NRO bezeichnen sie als „Klimaflüchtlinge", da die Dürre und der Mangel an Ressourcen im Süden Angolas sie dazu gezwungen haben, als verzweifelte Maßnahme zum Überleben nach Namibia zu migrieren.

Landbesetzungen

Im Süden Angolas, insbesondere in den Provinzen Huíla und Cunene, ist der Hunger nicht nur eine Folge der Dürre. Die Ernährungsunsicherheit ist auch auf die Umwidmung von kommunalem Weideland für kommerzielle Landwirte

zurückzuführen. So hat die Regierung 67 Prozent des Weidelandes in der Gemeinde Gambos ohne ordnungsgemäßes Verfahren von kommerziellen Viehzüchtern besetzen lassen, darunter große Teile des Vale de Chimbolela, das bei den Viehzüchtern als „Wiege der Rinder" bekannt ist, und Tunda dos Gambos, das übliche Weidegebiet der Viehzüchter in der Region. Die Regierung, deren Prioritäten 2020 bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie lagen, ergriff keine nachhaltigen Maßnahmen, um die Hirtengemeinschaften vor weiterer Landumverteilung zu schützen. Die von der Landnahme in den Provinzen Huíla und Cunene betroffenen Gemeinschaften bekamen auch keine Entschädigungen.

Neue Versuche irregulärer Landbesetzung

Auch 2020 gab es wieder Versuche, gemeinschaftliches Weideland der Hirtengemeinschaften unrechtmäßig zu besetzen. So soll ein kommerzieller Landwirt in der Provinz Huíla Vertreter einer Gemeinschaft mit Hilfe seiner Angestellten und unter Androhung von Gewalt gezwungen haben, ein Dokument per Fingerabdruck zu unterzeichnen, dessen Inhalt ihnen unbekannt war. Bis heute sind die Gemeindevertreter nach eigenen Angaben nicht über den Inhalt des unterzeichneten Dokuments informiert worden. Lokalen Berichten zufolge handelte es sich dabei um eine Landkonzession, die der kommerzielle Landwirt vor Gericht verwenden könnte, um seine illegale Landbesetzung zu legalisieren. Die Gemeindemitglieder geben jedoch an, nicht offiziell über ein Landregistrierungsverfahren informiert worden zu sein.

Da die Regierung es versäumt, ländliches Gemeindeland abzugrenzen und kommunale Urkunden für die Besetzung, den Besitz und das Nutzungsrecht auszustellen, sind die Hirtengemeinschaften weiterhin der Gefahr einer unrechtmäßigen Besetzung ihres Gemeindelandes sowie physischen und psychischen Schäden ausgesetzt.

„Unsere Kultur ist in Gefahr"

Der Süden Angolas verfügt über einen einzigartigen anthropologischen Reichtum. Ethnische Gruppen wie die Bantu und Prä-Bantu leben dort seit Jahrhunderten. Zur Veranschaulichung dieser ethnischen Vielfalt führen lokale NRO an, dass es unter den Prä-Bantu verschiedene Gruppen wie KhoiSan oder !Xhu, Kwisi, Kwepe und Vatwa gibt. Zu den Bantu-Gemeinschaften gehören die Vahelelo, zu denen Kuvale, Hakavona, Tyavikwa, Vandzimba, Himba und viele andere ethnische Gruppen gehören.

Ältere Menschen in den traditionellen Gemeinschaften gelten als lebende Bibliotheken und Bewahrer*innen von altem und einzigartigem Wissen, Werten und Prinzipien. Sie sind dafür verantwortlich, ihr Wissen und ihre Traditionen an jüngere Generationen weiterzugeben, einschließlich der Frage, wie man unter den örtlichen klimatischen und geografischen Bedingungen überleben kann. Lokale NRO berichten, dass die Abwanderung von Jugendlichen und Familien in städtische Gebiete und nach Namibia zu einer „menschlichen Verödung" der ländlichen Gebiete im Süden Angolas führt. Ältere Menschen und ihr altes Wissen werden zurückgelassen. Da sie oft nicht mehr in der Lage sind, weite Strecken zu Fuß zurückzulegen, um nach Wasser oder Nahrung zu suchen, sind sie von Unterernährung bedroht.

Ohne ältere Menschen haben die Hirten nicht nur weniger Ressourcen, aus denen sie schöpfen können, sondern die gesamte Kultur der Hirten ist vom Aussterben bedroht. Das anhaltende Versäumnis der angolanischen Regierung, diese traditionellen Gemeinschaften zu schützen, hat zu diesem stillen Prozess des kulturellen Aussterbens und der „menschlichen Wüstenbildung" beigetragen.

Versagen der Regierung

Obwohl die angolanischen Gesetze – einschließlich der Verfassung, des Bodenrechts und des Umweltrechts – ländliches Gemeindeland als nicht verleihbares Land schützen, versagt die Regierung bei der Erfüllung ihrer Pflicht. Die Regierung hat es versäumt, Gewohnheitsland wie Tunda dos Gambos und Vale de Chimbolela als nicht verleihbares kommunales Weideland zu behandeln. Mit der Umwidmung von kommunalem Weideland für die kommerzielle Viehzucht, die Landbesetzungen ermöglicht, verletzt die Regierung ihre eigenen Gesetze und internationale Menschenrechtsverpflichtungen. Sie hat auch keine Regelungen vorgesehen, um die Auswirkungen der kommerziellen Landwirtschaft auf das Recht auf Nahrung abzumildern.

Amnesty International erkennt zwar an, dass Angola sich verpflichtet hat, den Klimawandel zu bekämpfen und seine Gemeinschaften vor seinen Auswirkungen zu schützen, insbesondere durch die Ratifizierung des Pariser Abkommens im Jahr 2020, die Einreichung seines national festgelegten Beitrags (NDC) im Mai 2021 und den Besuch des Präsidenten in der Provinz Cunene im Juli 2021, aber Angola muss dringend wirksame Klimaanpassungsmaßnahmen ergreifen, um die Widerstandsfähigkeit der traditionellen Gemeinschaften im Süden Angolas zu verbessern, die unter den negativen Auswirkungen der schweren Dürre leiden.

Amnesty International

Der Beitrag ist eine leicht gekürzte Übersetzung von „The End of Cattle's Paradise", Amnesty International, Juli 2021 https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2021/07/the-end-of-cattles-paradise/



Vom Klimwandel bertroffene Pastoralisten in Kenia. Foto: Africa Progess Panel

Klima und knappe Wasserressourcen in Ostafrika

ANSÄTZE FÜR KONKRETE MASSNAHMEN. Der Direktor des Climate Action Network Tanzania zeigt sehr engagiert die vielseitigen Folgen und Herausforderungen des Klimawandels in Ostafrika auf. Seine genaue Darstellung der bereits erlittenen Verheerungen macht die Dringlichkeit von Maßnahmen offensichtlich. Sixbert Mwanga macht Vorschläge, wie diese aussehen könnten und spornt an, sie umzusetzen.

Die sozioökonomischen Aktivitäten und Lebensgrundlagen in den meisten Ländern Afrikas südlich der Sahara und insbesondere in der Region Ostafrika sind hochgradig klimasensitiv und werden daher davon beeinflusst, wie sich das Klima und die Verfügbarkeit und der Zugang zu Wasser verhalten. Laut einer aktuellen Studie des World Resource Institute (WRI 2019) ist bereits jeder dritte Mensch in Afrika von Wasserknappheit betroffen, während fast 400 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika nicht einmal eine grundlegende Trinkwasserversorgung haben. Tatsächlich spielen sowohl ein stabiles Klima als auch Wasser eine wichtige Rolle für die sozio-ökologische Transformation und das Wohlergehen der Gesellschaft in der Region. Da sie eng verflochten sind mit den meisten Aktivitäten zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Region (Klein- und Subsistenzwirtschaft mittels Landbau, Weidewirtschaft und Fischerei), sind ein stabiles Klima und Wasser von zentraler Bedeutung, um die Produktion und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften zu erhöhen.

Allerdings erlebt die Region zunehmend instabile Klimabedingungen in Bezug auf Temperatur und Regenfälle, begleitet von häufigen Extremwetterereignissen, insbesondere Dürren und Überschwemmungen. Diese Situation hat sich auf die Bemühungen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ausgewirkt, Resilienz aufzubauen. Zu den am stärksten betroffenen Aktivitäten und Sektoren gehören Land- und Weidewirtschaft, Tourismus, Energie, Fischerei und Gesundheit.

Herausforderungen für die Wasserressourcen

Der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf weniger als 1,5 Grad Celsius kommt zu dem Schluss, dass der Klimawandel die Wasserressourcen qualitativ und quantitativ erheblich beeinträchtigt und somit die Wasserknappheit sowie die damit verbundenen Konflikte in der Region Ostafrika verstärken wird. Diese Situation erhöht den Druck auf die Gesellschaft und die natürlichen Ressourcen, und es ist abzusehen, dass die Bemühungen der Regierungen und Interessengruppen den Herausforderungen nicht genügen. Abnehmende bzw. verkürzte Niederschlagsperioden mit lang anhaltenden Dürren in den letzten zwei Jahrzehnten haben sich negativ auf die Süßwassersysteme ausgewirkt. Viele ganzjähri-

ge Wasserquellen und Flüsse sind saisonal geworden, und manche vormals saisonalen Gewässer sind aufgrund des Klimawandels heute ganz verschwunden. Jüngste Studien haben außerdem ergeben, dass einige der größten Flüsse in Tansania (Mara, Pangani und Rufiji), Kenia (Tana, Tsavo und Athi) sowie der Nil in Uganda eine jährliche Verringerung des Abflusses erfahren haben. Davon sind viele Gemeinden betroffen, die von diesen Flüssen abhängig sind.

Somit haben die Auswirkungen des Klimawandels auf das Wasser und die Lebensgrundlagen der Gemeinden zwei verwundbare Gruppen geschaffen, denen die Regierungen und Institutionen der Region nur wenig helfen: Zum einen sind dies Gemeinden im Landesinneren mit begrenztem Zugang zu Wasserressourcen und zum anderen sind es Gemeinden in ländlichen Küstengebieten, die dem Risiko von Überschwemmungen ausgesetzt sind.

Die Gemeinden im Landesinneren leiden unter den lang anhaltenden Dürren und haben aufgrund von Wasserknappheit und degradiertem Ackerland immer begrenztere Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Auswirkungen auf diese Gemeinden und ihren Lebensunterhalt haben die Bemühungen zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Gesundheitsstandards in den am meisten gefährdeten Gruppen untergraben. Mit eingeschränktem Zugang zur notwendigen Wassermenge und sinkender Wasserqualität vermehren sich Krankheiten, die durch Wasser übertragen werden, insbesondere Typhus und Cholera.

Andererseits sind die ländlichen Küstengebiete zunehmend von einem steigenden Meeresspiegel, Küstenerosion und Salzwasserintrusion betroffen. Hinzu kommen extreme Klima- und Wetterereignisse wie Überschwemmungen und Dürren. Sowohl der Anstieg des Meeresspiegels als auch das Eindringen von Salzwasser haben Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen in den Küstengebieten, einschließlich Landwirtschaft und Ökotourismus. Die begrenzten Ressourcen haben zu einer Übernutzung der Ressourcen geführt und diese Gebiete zu Epizentren von Konflikten um natürliche Ressourcen gemacht.

Die Gemeinden übernutzen die verbleibenden Wasserquellen und sind in Feuchtgebiete eingedrungen, um die Flächen für Ackerbau und Weide zu vergrößern. Damit haben soziale Kämpfe, Wasserstreitigkeiten und der Wettbewerb zwischen den Ressourcennutzenden zugenommen. Diese Auseinandersetzungen und Konflikte sind überall zu beobachten: flussaufwärts gegen flussabwärts, Investoren gegen lokale Gemeinden, Bäuerinnen gegen Pastoralisten und lokale Gemeinden gegen Umweltschützer*innen.

Die Covid-19-Pandemie ist eine zusätzliche Belastung für die ländlichen Gemeinden und ihre Lebensgrundlagen, da Wasser in erster Linie zum Waschen benötigt wird. Mit eingeschränktem Zugang zu Wasser und eingeschränkten Lebensmöglichkeiten können diese Gemeinden nicht die geforderten sanitären und gesundheitlichen Richtlinien einhalten. Die einzige Option ist, ihr Leben im Freien zu riskieren, während sie Wasser und Nahrung für ihre Familien suchen.

Aus diesem Grund argumentiert die Weltgesundheitsorganisation in wirtschaftlicher Hinsicht, dass für jeden in Wasser- und Sanitärversorgung investierten Dollar ein wirtschaftlicher Ertrag zwischen 3 und 34 Dollar erzielt wird. Es besteht dringender Forschungsbedarf, um festzustellen, wie ländliche Gemeinden in Trocken- und Küstengebieten auf die Covid-19-Pandemie reagieren und wie ihre Lebensunterhaltsmöglichkeiten beeinflusst wurden.



Erdwall-Damm in Kenia. Foto: E. Nissen-Petersen/Infonet biovision

Klimawandel und Wasserzugang

Studien kommen übereinstimmend zu dem Schluss, dass der Klimawandel sowohl den Abfluss der Flüsse als auch die Verfügbarkeit und den Zugang zu Wasser in der ostafrikanischen Region um 40-50 Prozent beeinträchtigen wird, da die Nachfrage steigt, die Regenfälle abnehmen und Dürreperioden zunehmen. Auch unterirdisches Wasser wird davon betroffen sein, und die Kosten für die Bereitstellung von Wasser werden deutlich steigen. Selbst dort, wo Regierungen und Stakeholder Wasserreservoirs und -stauseen gebaut haben, verfügen diese Strukturen kaum mehr über Wasser, da langanhaltende Dürren den Zufluss reduziert haben.

Es wird prognostiziert, dass es in vielen Gebieten immer schwieriger wird, den Zugang zu Wasserressourcen zu gewährleisten, um den ständig wachsenden Bedarf zu decken. Man rechnet mit einer Abnahme der Niederschläge, sodass bei hohen Verdunstungsraten und häufigen Dürreperioden der steigende Wasserbedarf für Bewässerung, Industrie und Ökosysteme nicht mehr ohne weiteres gedeckt werden kann. Wenn nicht dringend koordinierte Anstrengungen unter-

nommen werden, um das Problem anzugehen, wird die Wasserknappheit weitere Sektoren betreffen und Initiativen zur Armutsbekämpfung beeinträchtigen. Unter diesen Bedingungen werden ländliche Gemeinden im Vergleich zu ihren städtischen Pendants am stärksten betroffen und verwundbar bleiben. Die Regierungen müssen Budgets und Investitionen in den Wassersektor erhöhen, mit besonderem Augenmerk auf die ländlichen Gebiete. Politische Interessen, die die Wasserprojekte in jene Gebiete und Dörfer lenken, aus denen die Entscheidungsträger kommen, sollten kontrolliert werden und stattdessen Wasserprojekte in Gebieten mit hohem Bedarf verwirklicht werden. Kostengünstige Optionen wie das Sammeln von Regenwasser sowohl für den Haushalt als auch für die Bewässerung (Erdwall-Dämme) ergänzt durch eine effiziente Wassernutzung, sollten gefördert werden.

Vielseitige Investitionen sind notwendig

Nationale Strategien und das Engagement sowohl für regionale Agenden wie die Agenda 2063 (Aktionsplan der Afrikanischen Union) als auch für internationale Abkommen wie das Pariser Abkommen und das Sendai Framework (UN-Plan zur Minderung des Risikos von Naturkatastrophen) sollten gut miteinander harmonisiert werden. Das Klima ist zwar ein wichtiger Faktor, der den Wasserstress auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt verstärkt, aber ein schlechtes Management der Wasserressourcen und -dienstleistungen ist eine ebenso große Herausforderung. Da durch den Klimawandel die Niederschläge unregelmäßiger werden und die Risiken von Überschwemmungen und Dürren steigen, werden Investitionen in ein besseres Wassermanagement und eine bessere Infrastruktur noch wichtiger. Diese Investitionen können Volkswirtschaften insgesamt stärken. Es ist erwiesen, dass sie eine dreifache Dividende bieten, wenn sie auf die ärmsten Menschen ausgerichtet sind: Linderung der Armut, Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum sowie Verringerung der Anfälligkeit für den Klimawandel. Wirtschaftlich argumentiert die Weltgesundheitsorganisation, dass für jeden in Wasser- und Sanitärversorgung investierten Dollar ein wirtschaftlicher Ertrag von bis zu 34 Dollar erzielt wird.

Was tun?

Ostafrika sieht sich mit einer wachsenden Krise der Verfügbarkeit und des Zugangs zu Wasser konfrontiert, insbesondere in ländlichen Gemeinden. Diese Situation stellt eine Herausforderung für die Bemühungen um Armutsbekämpfung und Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften dar.

Begrenzte Fähigkeiten und finanzielle Ressourcen für die Planung und Umsetzung effektiver Strategien müssen überwunden werden, um den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserressourcen wirksam zu begegnen. Investitionen in drei Schlüsselbereiche des Wassersektors würden die Widerstandsfähigkeit der Menschen in ganz Afrika gegenüber dem Klimawandel verbessern:

1. Allgemeine und klimaresistente Trinkwasserversorgung und Bereitstellung sanitärer Einrichtungen.
2. Bewältigung des Dürrerisikos für Landwirte durch die Regierungen mittels präventiver Strategien zur Risikominderung sowie Strategien zum Umgang mit unvermeidlichen Risiken.
3. Investitionen in grüne und graue Infrastruktur – hier sollten Regierungen und Unternehmen in die Natur investieren, um einen Teil der Infrastrukturlücke zu schließen.

Sogenannte grüne Infrastrukturen haben das Potenzial, eine große Rolle bei der Bereitstellung sicherer, sauberer und regelmäßiger Wasserströme zu spielen – von Feuchtgebieten, die die Küsten vor Stürmen schützen, und Grundwasserleitern, die Wasser speichern, bis hin zu Wäldern, die die Erosion verringern und helfen, das Wasser frei von Sedimenten zu halten. Regierungen und Unternehmen können durch die Integration naturbasierter Ansätze in die konventionelle Planung von Infrastruktursystemen es nachweislich schaffen, die Wasserversorgung und -qualität sicherzustellen. Diese Investitionen haben das Potenzial, sich mit positiven „Welleneffekten“ für die gesamte Wirtschaft auszuzahlen, indem sie Geld sparen und Menschen ebenso schützen wie die Ökosysteme, auf die sie angewiesen sind. Gefördert werden müssen harmonisierte und integrative Ansätze, die die Landnutzung und grüne Technologien zur Verbesserung des Wasserzugangs berücksichtigen, wie z. B. erneuerbare Energien bei Gewinnung und Erhalt von Wasserressourcen.

Diese Ansätze werden die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften erhöhen und den Fortschritt bei der Erreichung der meisten Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN (einschließlich der SDGs 1, 2, 3, 4, 6) sowie der Afrika-Agenda 2063 fördern. Gleichzeitig werden sie dazu beitragen, den Klimawandel und andere mögliche zukünftige Risiken wie Covid-19 anzugehen. Die Bemühungen, sowohl regionale als auch internationale Vereinbarungen in lokale Pläne und Strategien einzubeziehen und zu lokalisieren, sollten verdoppelt werden.

Sixbert Mwanga

Der Autor, PhD, leitet das Climate Action Network Tanzania. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institute of Resource Assessment and Management, University of Dar es Salaam, Tanzania.
Kontakt: sixbert@cantz.or.tz
Sein hier leicht veränderter Beitrag erschien zuerst im afrika-bulletin, Mai 2021



Staudamm in den Bergen am Kap. Foto: Leonie March

Eine Anwältin kämpft für Südafrikas Wasserquellen

Wassereinzugsgebiete in den Bergen sind zentral für die Trinkwasser-Versorgung. Doch nur ein Bruchteil ist per Gesetz geschützt. Eine engagierte Juristin will das ändern.

Es ist ein klarer Wintertag in Kapstadt, der Blick auf den Tafelberg wolkenlos. Die Bergkette mit dem berühmten Plateau ist mehr als das Wahrzeichen der Metropole an der Südspitze Afrikas – sie ist der Grund, warum die Stadt überhaupt existiert. Die Khoi-Ureinwohner nannten sie Camissa, den Ort des Süßwassers. Auch europäische Seefahrer und Kolonisatoren ließen sich hier wegen der Trinkwasser-Vorkommen nieder, bauten Kanäle und Tunnel, durch die das Wasser aus den Quellen geleitet wurde.

Mehrere Flüsse entspringen in dem Bergmassiv, darunter liegt ein riesiger Aquifer, ein Grundwasserspeicher. Er ist ein Grund für die einzigartige und außergewöhnlich vielfältige Flora. Die sogenannte Capensis bildet eines von nur sechs Florenreichen der Welt. 2004 erklärte die Unesco die Region zum Weltnaturerbe, sie formt einen Biodiversitätshotspot von internationaler Bedeutung.

Acht Prozent der Fläche Südafrikas liefern die Hälfte des Trinkwassers

Am Fuß des Tafelbergs, im Botanischen Garten, geht Amanda Mkhonza durch die Fynbos-Landschaft, die zu den evolutionär ältesten Biomen der Welt zählt. Prächtige Proteen blühen rot und gelb am Wegesrand. Die Universitäts-Dozentin war schon oft mit Studenten hier – doch sie ist keine Botanikerin. Sie ist Juristin. Ihr Spezialgebiet: der gesetzliche Schutz von Südafrikas Wassereinzugsgebieten. Für ihr Thema spielt die Bergregion eine entscheidende Rolle.

Der Tafelberg gehört zu insgesamt 22 Wassereinzugsgebieten, den „strategic mountain catchment areas" Südafrikas. „Ich war selbst überrascht, als ich erfuhr, dass diese Gebiete in den Bergen nur acht Prozent der Grundfläche unseres Landes ausmachen, aber die Hälfte unserer Frischwasser-Ressourcen liefern. Trotzdem gibt es bis heute kein Gesetz, dass sie angemessen schützt!" Die 32-jährige hat sich vorgenommen, das zu ändern.

Zwar gibt es den „Mountain Catchment Areas Act", aber der stammt aus dem Jahr 1970, also aus Zeiten der Apartheid und bezieht sich auf Behörden und Ministerien, die in dieser Form heute gar nicht mehr existieren. „Er ist nur das Skelett eines Gesetzes", kritisiert Mkhonza, während sie sich auf eine der Parkbänke setzt. „Es ist nur ein paar Seiten lang und sehr allgemein gehalten. Deshalb mussten wir bei null anfangen."

Das Wasserrecht wurde ihre Leidenschaft

Ihre Augen leuchten, wenn sie von ihrer Arbeit erzählt, die zweifellos zu einer Leidenschaft geworden ist. In ihrem Studium mit Schwerpunkt Umweltrecht hatte sie über diese Gesetzeslücke nichts erfahren. Erst durch ihre Arbeit beim Centre for Environmental Rights sei sie zur „Wasser-Aktivistin" geworden. Die Gruppe von Anwältinnen und Anwälten vertritt Bürger und Zivilgesellschaft in Fragen „ökologischer Gerechtigkeit". Dazu gehört das laut Verfassung garantierte Recht auf eine gesunde Umwelt und sauberes Trinkwasser.

Amanda Mkhonza wurde engagiert, um die Rechtslage für den Schutz der Wassereinzugsgebiete zu überprüfen, Verbesserungen vorzuschlagen und Gespräche mit Bürger*innen und Regierung aufzunehmen. Diese Arbeit setzte sie fort, als sie als Jura-Dozentin an die Universität Kapstadt wechselte. Ihr Fachbereich: Umwelt und natürliche Ressourcen.

Diese neue Stelle trat sie ausgerechnet 2018 an, dem Jahr, in dem Kapstadt das Wasser auszugehen drohte. Die Milli-

onenmetropole bereitete sich damals auf den sogenannten „Day Zero“ vor – den Tag, an dem die Wasserresourcen nicht mehr für den kommunalen Bedarf ausreichen würden. „Alle sprachen plötzlich über Wasser“, erinnert sich Mkhonza. Allerdings ohne nachhaltigen Effekt: In der Bevölkerung sei „Day Zero“ mittlerweile wieder vergessen, sagt die Anwältin seufzend. Und auch die Maßnahmen der Stadtverwaltung seien eher kurzfristiger Natur gewesen.

Bürger, die es sich leisten konnten, bohrten Brunnen; die Stadtverwaltung selbst zapft nun den Grundwasserspeicher im Tafelberg an. Und das, obwohl Ökologen warnen, dass dadurch die „ökologische Infrastruktur“ kompromittiert werde, von der die Gesundheit der Region und ihrer Menschen abhänge. Ökosysteme und gefährdete Pflanzenarten seien dadurch bedroht. Über einem zweiten Aquifer in der „Philippi Horticultural Area“, die Kapstadt mit Gemüse versorgt, plant die Stadt nun den Bau von Büro- und Apartment-Blocks. Wasser kann dort dann nicht mehr versickern, landwirtschaftliche Flächen gehen verloren, Umweltschützer sind alarmiert.

Grundwasser-Reserven zubetonieren?

Auch Amanda Mkhonza schüttelt fassungslos den Kopf: Es sei „verrückt“, dass die Stadt, die Grundwasserreserven eigentlich schützen solle, diese nun „zubetonieren“ wolle. Der drohende „Day Zero“ hat offenbar keinen Bewusstseinswandel ausgelöst. Den Verantwortlichen gehe es nicht darum, „die Wassereinzugsgebiete in einem optimalen hydrologischen Zustand zu bewahren, damit sie auch langfristig erhalten bleiben“, kritisiert die Anwältin: „Es geht nur um kurzfristigen Erfolg“. In Zeiten des Klimawandels sei diese Strategie besonders problematisch.

Die Rechtslage zum Schutz der Wasserressourcen sei in Südafrika äußerst kompliziert, erklärt die Anwältin am Beispiel des Tafelbergs, der über ihr in den blauen Himmel aufragt. „Allein für dieses Schutzgebiet finden drei verschiedene Gesetze Anwendung: eines zur Biodiversität, eines für Nationalparks und ein weiteres für die Flüsse, die dort entspringen.“

Zwei verschiedene Ministerien, das für Umwelt und jenes für Wasser, seien dafür zuständig. „Aber es gibt nur wenig Austausch untereinander.“ Und selbst die Vielzahl an bestehenden Gesetzen bildeten keinen angemessenen Schutz aller Wassereinzugsgebiete in den Bergen Südafrikas.

Nur ein Bruchteil der Wassereinzugsgebiete ist geschützt

Zu Zeiten der Apartheid hielten die Landbesitzer auch die Wasserrechte, seit der demokratischen Wende sind sie an den Staat übergegangen. Das geltende Wasser-Gesetz schützt zwar Wasser als Ressource, nicht aber die Gegenden, aus denen es stammt. „Idealerweise bräuchten wir dafür ein eigenes Kapitel, mit Erklärungen und Definitionen, die auch vor Gericht standhalten“, so Mkhonza.

Nur 13 Prozent dieser Wassereinzugsgebiete in den Bergen seien derzeit geschützt, allerdings nicht explizit, sondern „eher zufällig“, weil sie innerhalb der Grenzen von Nationalparks oder Naturschutzgebieten liegen. Und selbst dieser Schutz könne ausgehebelt werden, etwa für Bergbauprojekte. „Diese sind möglich, wenn die beiden zuständigen Minister zustimmen“, erklärt die Juristin. Ein enormes rechtliches Schlupfloch.



Während der Wasserkrise standen Bürger für Quellwasser Schlange.
Foto: Leonie March

Südafrika steckt bereits in einer Wasserkrise

Die Folgen dieser Gesetzeslücke können schwerwiegend sein, wenn Naturschutz und wirtschaftliche Interessen konkurrieren. Und das tun sie regelmäßig. Südafrika steckt in einer schweren Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Höchststand, außerdem grassiert Korruption.

Dazu kommt die Wasserkrise – und das nicht nur in Kapstadt: Viele Städte und Gemeinden leiden seit Jahren unter Wassermangel, Dürren belasten die Landwirtschaft. „Wasser ist schon jetzt eine knappe Ressource in Südafrika“, betont Mkhonza, durch den Klimawandel werde sich die Situation weiter verschärfen. „Die Niederschlagsmenge beträgt nur die Hälfte des globalen Durchschnitts. Aber die Verdunstungsraten sind im weltweiten Vergleich um ein dreifaches höher.“

Doch ein neues Gesetz oder die Änderung eines bestehenden braucht neben politischem Willen auch Zeit. Während sie an entsprechenden Vorschlägen arbeitet, setzt sich die Juristin dafür ein, dass bestehende rechtliche Möglichkeiten auch ausgeschöpft werden. Damit meint sie in erster Linie den „National Environmental Management Act“, dessen Neufassung 2014 in Kraft getreten ist.

Dieses Gesetz ermächtige die Umweltministerin dazu, bestimmte, nicht näher definierte geografische Regionen zu einer Art „No-Go-Areas“ zu erklären Das bedeute, dass sie bestimmte Vorhaben, wie etwa Bergbau, verbieten könne. „Dadurch werden auch automatisch alle zugehörigen Anträge zurückgezogen. Und das ist ein sehr mächtiges Instrument. Eine solche Formulierung gibt es in keinem anderen Gesetz.“

Ein schlagkräftiges Gesetz – oder ein Papiertiger?

Es sei genau der „proaktive Schutz", der für die Wassereinzugsgebiete in den Bergen nötig sei. Schließlich ist es besser zu handeln, bevor dort erhebliche Schäden entstanden sind. Bislang aber sei es ein stumpfes Schwert, so Mkhonza, weil die Ministerin davon noch keinen Gebrauch gemacht habe.

Wie es sich in der Praxis auf die Wassereinzugsgebiete anwenden ließe, ist eine Frage, mit der sich ein Beratungsgremium aus Vertretern der Provinzen, der nationalen Regierung, Wissenschaftlern und Experten des südafrikanischen Instituts für Biodiversität beschäftigt. Amanda Mkhonza ist als Rechtsexpertin Mitglied dieses Gremiums – und sie brennt für diese Aufgabe.

Pilotprojekt für drei Wassereinzugsgebiete in den Bergen

In Pilotprojekten solle die Umsetzung an drei der 22 „mountain catchment areas" durchexerziert werden, erzählt sie begeistert. „Wir sind schon recht weit bei der Formulierung der entsprechenden Deklarationen für diese drei Regionen."

Und zugleich liegt noch jede Menge Arbeit vor ihnen: Die Deklarationen müssten veröffentlicht, zur Diskussion gestellt und letztlich umgesetzt werden. Doch trotz all dieser Hürden ist die Juristin zuversichtlich, dass der Schutz der ersten drei strategischen Wassereinzugsgebiete auf diese Art gelingen kann.

Langfristig brauche es aber trotz allem ein „nuanciertes, spezifisches Gesetz", um alle 22 Wassereinzugsgebiete in den Bergen effektiv zu schützen. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, dass die Risiken für diese Gebiete regional unterschiedlich ausgeprägt seien.

In der Provinz Mpumalanga, dem Kohleabbaurevier im Osten Südafrikas, besteht in erster Linie Gefahr durch den Bergbau, am Westkap bedrohen invasive Pflanzenarten die einzigartige Flora, und in KwaZulu-Natal leidet die Natur unter einer starken Überweidung durch Vieh. „Wir brauchen also eine landesweite Regelung, die jedoch ausreichend Spielraum für regionale Lösungen lässt."



Amanda Mkhonza, Anwältin für Wasserrecht.
Foto: Leonie March

Einsamer Kampf für den Schutz der Wasserressourcen

Es liegt also noch viel Arbeit vor ihr. Die 32-Jährige hat sich einer Mammutaufgabe verschrieben und fühlt sich damit manchmal allein auf weiter Flur. „Bei Konferenzen bin ich oft die einzige, die sich für den gesetzlichen Schutz unserer Wasserressourcen einsetzt." Es sei noch viel Aufklärungsarbeit nötig, sowohl unter Juristen, als auch in Politik und Gesellschaft.

Regelmäßig spreche sie als Dozentin an der Universität Kapstadt auch mit ihren Masters-Student*innen darüber: „Ich versuche zu vermitteln, wie spannend und relevant dieses Spezialgebiet ist." In der Hoffnung, dass sie künftig Unterstützung habe und nicht „die einzige Juristin" sei, die sich mit dem Wasserrecht auskenne, es anspreche und vorantreibe.

„Großmutter der Wassereinzugsgebiete"

Die meisten Absolvent:innen seien jedoch eher daran interessiert, schnell viel Geld zu verdienen, erzählt sie. Entmutigt wirkt sie dabei nicht, es scheint sie eher anzuspornen: Für ihre nächste Forschungsarbeit will sie als Pionierin auf ihrem Gebiet noch tiefer in das Thema einsteigen, um eine rechtlich wasserdichte, ökologisch nachhaltige und praktisch umsetzbare Lösung zu präsentieren.

„Und wer weiß", scherzt sie, als sie im Botanischen Garten am Fuß des Tafelbergs wieder an den blühenden Proteen vorbei zum Ausgang geht: „Eines Tages bin ich in Südafrika vielleicht als Großmutter der Wasser-Einzugsgebiete bekannt."

Leonie March

Die Autorin ist freie Journalistin mit Sitz in Durban und Mitglied des Netzwerks freier Auslandskorrespondenten weltreporter.net. Ihr Beitrag erschien im Projekt „Countdown Natur – Wie schützen wir die Vielfalt des Lebens auf der Erde?" am 24.6.2021 auf RiffReporter.
https://www.riffreporter.de/de/umwelt/wasser-quellen-gesetz-suedafrika

Im Projekt „Countdown Natur" berichtet ein Team von 25 Journalistinnen und Journalisten mit Blick auf den UN-Naturschutzgipfel Ende 2021 über die Gefahren für die biologische Vielfalt und Lösungen zu ihrem Schutz. Die Recherchen wurden vom European Journalism Centre durch das Programm „European Development Journalism Grants" gefördert. Dieser Fonds wird von der Bill & Melinda Gates Foundation unterstützt.
https://www.riffreporter.de/de/magazine/countdown-natur



Abhängig von Kohle: das Kraftwerk Medupi in der Provinz Limpopo. Foto: Caracal Rooikat

Südafrika hängt an der Kohle

NUR ELF STAATEN JAGEN TÄGLICH MEHR TREIBHAUSGASE IN DIE ATMOSPHÄRE ALS SÜDAFRIKA.
Seit Apartheidzeiten ist sein Energiesektor durch Kohle geprägt. Aufgrund seines Rohstoff-Energie-Komplexes weist Südafrika eine extreme Form der globalen Krise auf. Die dringend erforderliche Dekarbonisierung des Energiesektors kann nur durch einen Strukturwandel vollzogen werden.

Das Ausmaß der ineinander greifenden Krisen, mit denen wir heute konfrontiert sind, scheint überwältigend groß. Wir stehen vor den verschiedensten Krisen: Klima, Gesundheit und öffentliches Gesundheitssystem, Nahrung und Hunger, soziale Reproduktion, Wirtschaft und Gesellschaft, Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, Lebensunterhalt und Unsicherheit. Soziale, wirtschaftliche und rassistische Probleme greifen ineinander und werden durch die ökologische Klimakrise noch weiter verschärft. Südafrika weist alle Merkmale dieser globalen Krise auf, allerdings sind sie hier in extremer Form zu erkennen. Etwa 85 Prozent der Energie des Landes werden vom staatlichen Energieversorger Eskom durch die Verbrennung von Kohle erzeugt. Damit ist Eskom der größte Emittent von Treibhausgasen in Afrika und gehört zugleich zu einem der 20 größten der Welt.

Es ist heute leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus. Alle gesellschaftlichen Kräfte, einschließlich der autoritären und populistischen Rechten, sind auf der Suche nach Lösungen. Bevor wir uns einen fortschrittlichen Ausweg aus der Wirtschaftskrise Südafrikas vorstellen können, müssen wir jedoch erst einmal den Ursprung des Landes verstehen.

Schiefe Struktur

Historisch gesehen wurde die südafrikanische Wirtschaft durch den Kolonialismus und insbesondere durch die Bedürfnisse des Bergbaukapitals geprägt. Durch die koloniale Eroberung wurden weite Landstriche unter private Kontrolle gestellt und monokulturell bewirtschaftet. Die Enteignung und Einzäunung von Land sowie die gewaltsame Ausdehnung der Siedlungsgrenzen und die Zerstörung von Gemeingütern durch holländische, britische und burische Siedler hatte massive Folgen sowohl für die Landnutzung als auch die Ökologie.

Nach der Entdeckung von Bodenschätzen etablierten Kapital und Staat im Laufe der Zeit – durch Versuch, Irrtum und Krieg – ein System der Wanderarbeit, bei dem Afrikaner aus „Reservaten“ zur Arbeit in den Minen abwanderten. Die afrikanischen Arbeitskräfte wurden dabei auch Farmen und später den neuen städtischen Zentren „zugeteilt“. Die Landenteignung sowie die Verfestigung und Ausweitung des Reservats- und später des Bantustan-Systems bedeuteten eine systematische Unterentwicklung, die durch die Raumplanung unter der Apartheid noch verschärft wurde.

Mit ihrer Flut an rassistischen Gesetzen, Zwangsumsiedlungen und der Aufrechterhaltung des Zwangsarbeitssystems hat die Apartheidpolitik zu einer weiteren Verzerrung der südafrikanischen Industriestruktur geführt. Diese war von einem starken Rohstoffsektor und den damit verbundenen Sektoren dominiert, während das verarbeitende Gewerbe, insbesondere in arbeitsintensiven Sektoren, schwach war.

Drei staatliche Schlüsselunternehmen – Eskom, Iscor und Sasol – standen im Mittelpunkt eines Entwicklungsprojekts, das auf die Industrialisierung zugunsten einer Minderheit abzielte. Eskom erzeugte billigen Strom aus Kohle und versorgte damit den Rest des Bergbaus, die Industrie sowie die weiße Minderheit mit billigem Strom. Der Eisen- und Stahlkonzern Iscor half bei der Entwicklung von Industrie und Infrastruktur. Das erst viel später gegründete Unternehmen Sasol entwickelte Flüssigbrennstoffe aus Kohle und ist heute der zweitgrößte Treibhausgasemittent Südafrikas.



Eskom ist der größte Emittent von Treibhausgasen in Afrika: Kohlekraftwerk Arnot in Mpumalanga. Foto: Gerhard Roux cc: by-sa

Das System beruhte auf einem großen Angebot an billigen schwarzen Arbeitskräften, die von den Produktions- und Vertriebskreisläufen und einem Großteil des Konsums ausgeschlossen waren. Es zielte darauf ab, die Afrikaner aus der Armut und der Landwirtschaft in den Bergbau und andere Industriezweige zu bringen. Angesichts des Umfangs der für die Minen erforderlichen Finanzmittel war das Finanzkapital von zentraler Bedeutung für Südafrikas spezifische Art der Akkumulation. Im Laufe der Zeit führte das Projekt zu einer verzerrten Wirtschaft, die von großen Unternehmensgruppen dominiert wurde, die Bergbau-, Finanz- und andere Produktionssektoren unter ihrem Dach vereinten.

Ein Herz aus Kohle

Kohle war schon immer ein wichtiger Rohstoff. Sie sorgt für lukrative Exporteinnahmen und liefert billigen Strom, von dem große Unternehmen profitierten. Mit der Gründung von Sasol 1950 wurde der bergbau- und kohlenstoffintensive Kern der südafrikanischen Wirtschaft weiter ausgebaut. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung der weißen Minderheit gewährte der Staat weitere Subventionen und sorgte sich in den 1970er-Jahren angesichts möglicher Sanktionen gegen das Apartheidregime zunehmend um die Energiesicherheit des Landes.

Diese historische staatliche Unterstützung schuf ein System „billiger“ fossiler Brennstoffe. Eskom und Sasol profitieren nach wie vor in erheblichem Maße von staatlichen Subventionen, eine ähnliche Unterstützung erhalten die in Südafrika tätigen Ölgesellschaften wie Shell, BP, Total, Chevron und Engen. Dies hat das Land in eine chronische Abhängigkeit von Kohlenstoff gebracht.

Die Konglomerate sind heute noch da, wenn auch radikal umstrukturiert. Zu den Bergbau-, Bank-, Finanz- und Versicherungsinteressen sind rasch expandierende Einzelhandels- und Telekommunikationsunternehmen hinzugekommen, sodass die Dominanz des Anglo American-Konzerns an der Johannesburger Börse abgenommen hat. Doch trotz der Schwankungen der Rohstoffzyklen macht der Bergbau weiterhin 50 Prozent oder mehr der Exporterlöse aus.

Die Wirtschaft hat sich seit 1994 zwar verändert, doch es hat keine Transformation gegeben. Die Verabschiedung eines neoliberalen Wirtschaftsrahmens durch den ANC und die freiwillige Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte haben die bereits schiefen Produktionsstrukturen noch weiter untergraben. Die Wirtschaft hat eine weitreichende Deindustrialisierung und eine zunehmende Finanzialisierung erfahren, was zu extremen Lohnerhöhungen für die Wohlhabenden geführt hat. Dies ist aber nur durch eine dramatische Verschuldung aller anderen Arbeitnehmer*innen möglich. Für Letztere wurde die Arbeit immer unsicherer und die Löhne sowie die Gesamtbeschäftigung sind stark gesunken.

Die Wirtschaft ist von einem fehlerhaften System in ein anderes übergegangen. Der staatlich gelenkte Rohstoff-Energie-Komplex der Apartheid hat sich in einen neoliberalisierten und finanzialisierten Komplex verwandelt. Dieser Wandel und sein Zusammenhang mit der Klimakrise lassen sich nirgendwo besser verdeutlichen als in der Entwicklung dieser drei staatseigenen Unternehmen.

Sasol, dessen Werk in Secunda nach Schätzungen von Greenpeace der weltweit größte Einzelverursacher von Kohlenstoff- und Stickstoffdioxidemissionen ist, wurde 1979 privatisiert und gilt heute als eine privatwirtschaftliche „Erfolgsgeschichte“. Die Stahlproduktion brach durch die Privatisierung und der damit verbundenen Öffnung hin zu internationalen Märkten ein. Die Stahlproduktion, die u. a. von Iscor betrieben wird, ist ein schmutziger Industriezweig, aber im Gegensatz zu Energie gibt es keinen klimafreundlichen Ersatz hierfür.

Ein Plan zum Ausstieg aus der Kohle?



Massive Kohlendioxidemissionen gelten als Hauptursache für die globale Erderwärmung. Südafrika steht im globalen Vergleich auf Platz 14 der größten Treibhausgasemittenten. Der Thinktank Trade & Industrial Policy Strategies (TIPS) gibt an, dass 60 Prozent von Südafrikas Treibhausgasemissionen auf die Kohle-Wertschöpfungskette zurückzuführen sind. Allein das südafrikanische Stromversorgungsunternehmen Eskom ist für 45 Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das zu Eskom gehörende Kohlekraftwerk Kendal ist – gemessen an der Leistung – das größte Kohlekraftwerk der Welt.

Um der Kohleabhängigkeit Südafrikas entgegenzuwirken und zugleich die globale Erderwärmung im Sinne des Pariser Abkommens abzuschwächen, soll nun die Just Transition Transaction (JTT), eine Form der multilateralen Klimafinanzierung zwischen Regierungen der Industrieländer auf der einen und der südafrikanischen Regierung auf der anderen Seite, in Kraft treten. Das Pariser Abkommen sieht vor, die globale Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Werden weltweit aber weiterhin so viele Treibhausgase ausgestoßen wie derzeit, dann wird die globale Erderhitzung dieses Ziel deutlich überschreiten. JTT ermöglicht mit einem Darlehen von 750 Mio. Rand (rd. 43 Mio. Euro) über die kommenden zehn Jahre die Erschließung der Marktfinanzierung von Infrastrukturprojekten des südafrikanischen Stromsektors. Sie ist als Finanzierung für die Zeit gedacht, mit der sich das Land von der Kohle trennt und zugleich den erneuerbaren Energiesektor ausbaut.

Das übergeordnete Ziel – die Dekarbonisierung der südafrikanischen Stromerzeugung – soll in diesem Sinne zugleich zur Senkung der nationalen Treibhausgasemissionen beitragen. Hierbei sieht die Vereinbarung auch vor, dass Südafrika ein bestimmter Dollar-Wert pro eingesparter Tonne Kohlestrom zugestanden wird, um die Klimaschutzleistungen weiter zu beschleunigen. Dies soll u. a. dazu führen, dass die Treibhausgasemissionen Südafrikas um fast die Hälfte eingespart werden können. Hierfür sollen im Hinblick auf Südafrikas Energiekonzept – Integrated Resources Plan 2019 – Kohlekraftwerke von Eskom (u. a. Komati, Hendrina, Grootvlei, Medpui und Kusile) stillgelegt werden. Dies würde zu einer Einsparung von 10.500 Megawatt Kohlestrom führen. Neben der Reduktion von laufenden Kohlekraftwerken sollen zugleich auch keine neuen Werke geplant bzw. bereits vorhandene Pläne verworfen werden. Diese Maßnahmen helfen zugleich auch, die Ziele der Nationally Determined Contribution (NDC) und somit das Netto-Null-Ziel der Low Emission Development Strategy von Südafrika bis 2050 zu erreichen.

Der Abbau von Kohlekraftwerken führt jedoch zu einer eklatanten Lücke im südafrikanischen Stromversorgungssystem, die mit erneuerbaren Energiequellen geschlossen werden müsste. Außerdem sind derzeit rund 200.000 Menschen von der Kohle-Wertschöpfungskette abhängig. Folgt man dieser Argumentation, dürfe eine Abkehr von der Kohlestromerzeugung nicht vorschnell geschehen, da ansonsten diese Personengruppe in finanzielle Engpässe gestürzt werden könnte, was zu einer Verschlechterung der ohnehin schon defizitären Ökonomie Südafrikas führen könnte. Diese ist durch eine hohe Arbeitslosenquote, eine Vielzahl an Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, sowie eine starke Ungleichverteilung des Einkommens gekennzeichnet.

Eine Studie von Meridian Economics, einem südafrikanischen Beratungsunternehmen für Energie- und Infrastrukturwirtschaft, sieht JTT zwar nur als einen Baustein, aber als eine berechenbare Einnahmequelle für einen Just Transition Fund (JTF). Die jährlichen Zahlungen könnten über den Darlehenszeitraum als Impulsfinanzierungen eingesetzt werden, um so Kohlearbeiter*innen sowie die betroffenen Gemeinden – u. a. Mpumalanga – in ihrer Entwicklung hin zu einer alternativen und nachhaltigen Wirtschaft zu unterstützen. Diese finanziellen Mittel könnten somit als Anker für eine neue, umweltfreundlichere und nachhaltigere Wirtschaft dienen. Das dreckige Kohlegeschäft könnte bald der südafrikanischen Geschichte angehören, allerdings nur wenn es gelingt, den erneuerbaren Energiesektor zu stärken und somit die nationalen wie auch internationalen Klimaziele zu erreichen.

Annika Heck

Die Krise von Eskom ist inzwischen tiefgreifend und vielschichtig. Die Privatisierung in den 1980er-Jahren, gefolgt von der Übernahme des Vollkostendeckungsmodells der Weltbank, bedeutet, dass die zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsmehrheit nun mit hohen und oft unerschwinglichen Strompreisen konfrontiert ist. Massive Unterinvestitionen und mangelnde Planung gehen nun einher mit steigender Verschuldung und Korruption und – fast schon ironisch – mit einer Versorgungskrise für Unternehmen. Medupi und Kusile – zwei südafrikanische Kohlekraftwerke – klammern sich weiter an die Kohleverstromung und häufen Schulden an.

Die Krise der Wirtschaft ist die Krise des Rohstoff-Energie-Komplexes. Südafrika hat es versäumt, sich von diesem Kern zu lösen. Stattdessen haben Finanzialisierung und Internationalisierung die Deindustrialisierung des Landes vorangetrieben und es noch abhängiger vom Bergbau gemacht. Gleichzeitig wurden soziale Dienste kommerzialisiert, was zu einer Krise der Grundbedürfnisse geführt hat.



Klima-Jobs können in der Wind- und Solarenergie entstehen.
Foto: Lollie-Pop cc: by 2.0

Wer wird die Arche bauen?

Die Krise ist also tiefgreifend. Und sie wird noch verschärft durch eine Klimakrise, die weit über Treibhausgasemissionen und Luftverschmutzung hinausgeht. Dürre, Bodendegradation und Ernährungsunsicherheit sind entscheidende Aspekte des Problems.

Die Region des südlichen Afrika gilt als ein Hotspot des Klimawandels – eine Region, die überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen ist. Die Temperaturen sind hier in den letzten 60 Jahren doppelt so schnell gestiegen wie der Durchschnitt der globalen Erwärmung. Und während es in weiten Teilen der Welt wärmer und feuchter wird, wird es im südlichen Afrika immer trockener. Gleichzeitig werden die Überschwemmungen wahrscheinlich zunehmen, da ein größerer Teil der abnehmenden Niederschläge (Südafrika gehört bereits jetzt zu den 30 wasserärmsten Ländern der Welt) in Form von zerstörerischen Stürmen auftreten wird, bei denen die Niederschläge die Aufnahmefähigkeit des Bodens übersteigen.

Auch wenn sich der Energiemix zweifellos ändert, bleibt die Kohle von zentraler Bedeutung, ebenso wie die Rohstoffe als Ganzes für die Exporteinnahmen. Viele plädieren nun dafür, Offshore-Öl und -Gas in den Mix mit aufzunehmen.

Die Klimapolitik ist zwar in den Mittelpunkt der Weltbühne gerückt, aber in Südafrika ist sie weder weit noch schnell genug vorangeschritten. Marktwirtschaftliche Lösungen, innovative unternehmerische Anstrengungen zur Förderung des „grünen Wachstums" und Mainstream-Ansätze, die Anreize für das individuelle Verbraucherverhalten setzen, werden uns so langsam wie sonst nirgends voranbringen.

Eine rasche Dekarbonisierung, wie sie Südafrika braucht, kann nur durch einen klaren Strukturwandel erreicht werden. Das bedeutet einen raschen, weitreichenden und gesamtwirtschaftlichen Wandel. Wenn der Übergang gerecht sein soll, muss er die Schaffung von Klimaarbeitsplätzen im öffentlichen Sektor sowie die Ausweitung und Vertiefung der wirtschaftlichen Demokratie und Planung bedeuten. Der Green New Deal, der in den Vereinigten Staaten und anderswo diskutiert wird, zielt darauf ab, Ressourcen für die Umwelt in einer Weise zu mobilisieren, wie es bisher nur für den Krieg geschehen ist. Dabei sollen der Klimawandel, die Ungleichheit sowie die wirtschaftliche Diversifizierung mit einer gezielten Wirtschaftsplanung und Industriepolitik angegangen werden.

Solche Klima-Jobs könnten dazu beitragen, die Grundbedürfnisse von Gemeinschaften auf gerechte und nachhaltige Weise zu befriedigen, wobei sich die Verknüpfungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind- und Solarenergie, die Nachrüstung von Gebäuden, neue Bauvorhaben und -methoden, den Ausbau des mit erneuerbaren Energien betriebenen öffentlichen Nahverkehrs, die Ausweitung und Verdichtung des öffentlichen Wohnungsbaus sowie die Wiederbeschäftigung oder die Gewährung von Zuschüssen für diejenigen in der Kohleindustrie und in anderen Sektoren, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden, konzentrieren.

Der letzte Punkt sollte vielleicht unser erster Ausgangspunkt sein: Keines dieser dringenden Probleme kann angegangen werden, solange Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen nicht rückgängig gemacht werden!

Sam Ashman

Die Autorin ist Dozentin an der School of Economics der Universität von Johannesburg. Derzeit arbeitet sie an dem Buch „South Africa: An Economy of Extremes".
Ihr Aufsatz erschien im Rahmen des Forums „New Frame, New Economy" zum Thema Rohstoffe und Klima am 30. August 2021 auf New Frame.
https://www.newframe.com/sas-climate-crisis-is-embedded-in-coal-and-exports/



Die Beschneidung der Männer gehört zu den traditionellen Ritualen der amaXhosa. Foto: Tjkphotography, Dreamstime.com

Traditionen im Wandel des Klimas

DER KLIMAWANDEL VERÄNDERT DEN UMGANG MIT TRADITIONELLEN RITEN.

Das Leben einer afrikanischen Gemeinschaft dreht sich traditionell um das Klima. Bei den *amaXhosa* (von der *Nguni*-Gruppe) im südlichen Afrika ist dies als *imozulu*, was wörtlich übersetzt Wetter bedeutet, bekannt. Dazu gehört ein tiefgehendes Wissen über die Jahreszeiten und dessen, was die Natur normalerweise in diesen Jahreszeiten bereitstellt. Die Klimaschwankungen machen den jahreszeitlichen Wandel jedoch unvorhersehbarer, was dazu führt, dass das indigene Wissen heute weniger relevant ist bzw. in manchen Fällen überhaupt keine Prognosen mehr möglich sind. Zusammen mit der massiven Urbanisierung wirkt sich dies auf die Art und Weise, wie Gemeinschaften mit dem Land (*umhlaba*), den Jahreszeiten, den Übergangsriten (*imisebenzi*) und der Nahrungsmittelproduktion (*ukutya*) umgehen, aus.

Persönliches Wachstum in Verbindung zu den Jahreszeiten

Die Bedeutung der Jahreszeiten wird bei den *amaXhosa* auch soziokulturell dargestellt. Das Wachstum eines Menschen wird nicht in Jahren, sondern in Jahreszeiten gezählt. Wenn ein neues Mitglied in die Familie hineingeboren wird, sagt man, dass es in der Familie „dämmert". Diese Metapher steht für die Geburt eines neuen Lebens und eines neuen Familienmitglieds. Von dem Neugeborenen wird erwartet, dass es zu einer verantwortungsbewussten Person heranwächst, die für die Familie, den Clan und somit für die große Gemeinschaft sorgt und sie aufbaut. Dies beruht auf den Grundlagen des Ubuntu-Prinzips, das besagt, dass man durch die Menschen, die einen umgeben, existiert – kein Mensch ist eine Insel, denn wir können ausschließlich durch unsere Beziehung zu anderen Wesen existieren. Dies wird durch das *isiXhosa*-Sprichwort ausgedrückt: *Umntu ngumntu ngabantu* – „Ich bin, weil ihr seid". Dieses Sprichwort kommt in allen *isiNguni*-Sprachen vor: *isiZulu*, *SiSwati*, *isiNdebele* und *isiXhosa*. Außerdem wird alles, was Hoffnung und Erfolg bringt, dem Frühling (*iNtlakohlaza*) bzw. dem Sommer (*iHlobo*) zugeschrieben, also den Jahreszeiten der Blüten, Früchten und Ernten.

Alle Jahreszeiten eines menschlichen Lebens sind abhängig von dem, was die Natur zu bieten hat. Und so ist es selbstverständlich, dass Klima eine Schlüsselrolle in den Zeremonien, Ritualen und im Wachstum der Menschen innehat bzw. innehatte. Gesellschaftlicher Druck (die Notwendigkeit, den Lebensunterhalt im kapitalistischen System zu verdienen) sowie Umweltdruck haben dazu geführt, dass sich die Art und Weise, wie die Übergangsriten in den Gemeinschaften durchgeführt werden, verändert hat.

Übergangsriten, die Natur und das Klima

Die Übergangsriten werden entsprechend den Lebensjahren berechnet und gefeiert. Wenn ein neues Mitglied geboren wird, wird es den Ahnen in einer Zeremonie namens *uk-*

waziswa (wörtlich: bekannt machen) oder *imbeleko* (wörtlich: Nabelschnur) vorgestellt. Dies entspricht der Taufzeremonie in einer christlichen Gemeinschaft. In beiden Zeremonien wird das Kind/Neugeborene der Gemeinschaft vorgestellt und sein Name bekannt gegeben. Dies wird als die erste Lebensphase angesehen. Auf diese Phase folgt der Übergang zum Erwachsensein, wobei Mädchen eine Zeremonie namens *ukuthomba* oder *intonjane* und Jungen *ulwaluko* (Beschneidung des Mannes) durchlaufen.



Junge amaXhosa-Männer nach der Beschneidung in ihrem Gemeinschaftsraum. Foto: Bongosibusiso

Im Gegensatz zu diesen Riten sind andere Übergangsriten weniger von klimatischen Veränderungen betroffen, da bei ihnen die richtige Durchführung nicht vom Klima abhängig ist. Sobald sowohl Jungen als auch Mädchen die Initiation zum Erwachsensein abgeschlossen haben, sind sie bereit, ihre eigenen Familien zu gründen. Dies beinhaltet auch das Befolgen entsprechender Protokolle; z. B. eine junge Frau um ihre Hand bitten, indem der Mann einen *Lobola* (Brautvertrag), also einen Akt der Vereinigung der Vorfahren des bald verheirateten Paares, mit der Familie der Braut abschließt. Auch das Schlachten von Kühen ist ein zentraler Bestandteil dieser Rituale, und die Kuh ist hierbei eine Opfergabe für die Ahnen. Angesichts des Klimawandels wird es jedoch immer schwieriger, Vieh zu halten.

Aus verschiedenen Gründen finden Zeremonien, wie beispielsweise die Beschneidung des Mannes (*ulwaluko*), die früher traditionell in den Wintermonaten stattfand, heute in den Sommermonaten statt. Dies bringt manche Herausforderung mit sich. In Südafrika zum Beispiel bezeichnen die *amaXhosa*-Männer ihre Mannesjahre mit *Izilimela*. *Izilimela* bezeichnet zugleich den Monat Juni, also die kalte Jahreszeit mitten im Winter, in der die Männer früher in die Initiationsschule gingen. Der Juni war mit Bedacht für die *Izilimela* gewählt, wurde er doch allen Anforderungen an die Rituale auf dem Weg zur Männlichkeit gerecht. Im Winter halten sich die Menschen nicht auf dem Berg (*intaba*) und in den Wäldern auf. Die Familien sind versorgt, da bereits vorab Holz gesammelt und gelagert wurde, welches dann während der kalten Winterzeit verbrannt werden kann und die Familien so warm gehalten werden. Die Berge und Flüsse sind somit ein essenzieller Bestandteil der Gemeinschaften, da sie sie mit Lebensmitteln und Brennholz versorgen. Darüber hinaus sind sie auch für die rituellen Praktiken von Bedeutung. Die Berge gelten als heilige Stätte für die Durchführung der Rituale. Für Frauen und Kinder, die nicht an der eigentlichen Beschneidungszeremonie teilnehmen, sind die Berge (*ezintabeni*) tabu. Sie spielen vor der eigentlichen Beschneidung sowie während der Feierlichkeiten, wenn der junge Mann nach Hause zurückkehrt, lediglich eine unterstützende Rolle. Zudem birgt die Kälte des Junis u. a. auch ein geringeres Risiko, dass sich die Wunde infiziert.

Für die Initiationsschulen waren ursprünglich keine Berge oder Wälder, die sich in der Nähe der Gemeinden befanden, bestimmt. Stattdessen wurde für diesen Übergangsritus ein Berg, der weit von der Öffentlichkeit entfernt war, ausgewählt; gleiches galt für Flüsse (*imilambo*) und Brunnen (*imitombo*), die sich in der Nähe des Berges befanden. Aufgrund des Klimawandels fließen die Flüsse jedoch nicht mehr so wie früher. Wälder und Berge werden immer wieder von Waldbränden heimgesucht. Das bedeutet, dass wenn ein Fluss versiegt, sich auch die Art des Reinigungsrituals ändern muss. Die Eingeweihten werden in städtischen Gebieten dann eher mit Wassereimern gewaschen, anstatt sich nach Abschluss des Rituals in saubere, fließende Bäche zu tauchen, um sich zu reinigen.

Flüsse sind ein wichtiges Schlüsselelement in diesem Übergangsritus, denn die *Ingceke*, der spezielle Ton, den die Eingeweihten während dieser Zeit verwenden, wird nur an den Ufern des Flusses geerntet. Dieser gilt als rein und soll mit Heilkräften durchzogen sein. Das Gleiche gilt für das Wasser (*amanzi*), das während dieser Zeit verwendet wird. Auch heute noch gilt, dass nach indigenem Wissen das unbehandelte Wasser aus dem Boden, den Flüssen und Brunnen rein ist und ein höheren Nutzen als technologisch gereinigtes Wasser hat.

In der Nähe des Dorfes Port St. Johns an der wilden Ostküste gibt es einen Ort namens Isinuka (Ort des Geruchs), an dem das unterirdische Schwefelwasser als heilig gilt und Heilkräfte besitzen soll. Die Eingeweihten schöpften daher nur Wasser aus den Flüssen und Brunnen rund um den Berg und den Wald, der ihnen zugewiesen wurde. Das ist derselbe Fluss, den die Jungen am letzten Tag der Initiationsschule benutzen werden, um alles abzuwaschen, was sie zurücklassen müssen, um sich auf eine neue Reise ihres Lebens, die *ubudoda* (Männlichkeit), zu begeben.

Das Baden im Fluss, wie in der biblischen Zeit, als Johannes der Täufer Jesus im Fluss Jordan taufte, um den Beginn von Jesu öffentlichem Wirken zu markieren, drückt auch

den Beginn der wirklichen Männlichkeit von *amaXhosa*, *amaHlubi* und *aBesuthu* und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft als Männer aus. Sie verließen ihr Zuhause als Jungen (*amakwenkwe*) und kehren nun als Männer (*amadoda*) zurück.

Dürre und ausgetrocknete Flüsse verändern die Abläufe

Aufgrund der klimatischen Veränderungen und der massiven Verstädterung findet dieses Ritual heute jedoch häufig in der Nähe zu Großstädten statt. Hütten, die ursprünglich aus in den Wäldern gesammelten Pfählen und aus in der Steppe und in den Ebenen geschnittenem Stroh gebaut wurden, werden nun durch mit Plastik überzogene Strukturen ersetzt. Diese sind im Wesentlichen stickig und unhygienisch, was zu gesundheitlichen Problemen und in einigen Fällen sogar zum Tod führt.

Wie die Jungen durchlaufen auch die Mädchen ihre eigene Initiation (*intonjane*), wenn sie in das Stadium des Erwachsenseins eintreten, in die Phase, in der sie alt genug zum Heiraten sind. Dieses Ritual ist in keiner Weise invasiv und somit gänzlich anders als die männliche Beschneidung. Die jungen Mädchen müssen auf diesen neuen Lebensabschnitt vorbereitet werden; sie sitzen auf *umhlanga* (Schilfmatten), die im Fluss geerntet werden, und verwenden während der Initiationszeit *ingceke* (Lehm), den sie am letzten Tag ebenfalls im Fluss abwaschen. Heutzutage verwenden sie *ukhuko* oder *icantsi* in *isiHlubi* (eine Grasmatte), denn was früher Flüsse waren, sind heute nur noch trockene Ufer, die selbst in der Regenzeit kein Wasser führen. Die Dürre und das Austrocknen der Flüsse haben somit einschneidend negative Auswirkungen auf die Übergangsriten.

Das Gleiche gilt für die traditionellen Heiler oder die Eingeweihten der *Amagqirha*, die während der Einweihungszeit nicht in die Berge gehen, sondern sich auf das verlassen, was die Flüsse zu bieten haben: *ingceke* (Lehm), *umhlanga* (Schilf) und das Wasser. Je nach ihrer besonderen Berufung müssen die Eingeweihten in die trockenen Berge gebracht werden, um dort Heilkräuter und Wurzeln zu ernten und zu lernen, wie man Tränke für bestimmte Beschwerden und Krankheiten zubereitet. Das ist schwierig für sie, weil das Land aufgrund der negativen Auswirkungen des Klimawandels, der Abholzung der Wälder und der Waldbrände kaum mehr etwas zu bieten hat. Da es sich um einen Übergangsritus handelt, der keine Abkürzungen zulässt, reisen die Eingeweihten in Gebiete, die weit von zu Hause entfernt sind, um die (von den Ahnen) vorgeschriebenen Wurzeln und Kräuter zu ernten, um das Handwerk zu erlernen und zum Abschluss der Einweihungsphase die Flussreinigung zu erleben.

Die während dieser Phasen verzehrten Speisen sollen aus dem Boden kommen, da man glaubt, dass alles, was aus dem Boden kommt, von den Ahnen gesegnet ist und die Eingeweihten daher mit den Ahnen verbindet und ihnen (lebenslangen) Schutz gewährt. Man geht davon aus, dass die Gründe für die Zunahme der Todesfälle, insbesondere bei der Initiation in die Männlichkeit, darin liegen, dass die Tradition und die Praxis nicht mehr authentisch sind – sie sind verwässert, da die Menschen aufgrund des Klimawandels improvisieren müssen, anstatt den traditionellen Wegen zu folgen.



Überreste einer an der Dürre verendeten Kuh im Ostkap.

Eine Terminologie zum Klimawandel wurde noch nicht entwickelt, aber bestimmte Begriffe tauchen in den Terminologielisten der Naturwissenschaften und der Technik auf. Die Menschen haben schon immer darauf geachtet, die Umwelt zu erhalten, damit die Natur für sie sorgen kann, aber aufgrund der Urbanisierung und der sogenannten „Zivilisation" haben sich die Menschen von traditionellen Methoden zur Erhaltung der Natur abgewandt, was sich nun negativ auf die kulturellen Praktiken und die Kultur auswirkt. Dies hat auch Folgen für die Natur, da Wörter in den einheimischen Sprachen, die sich auf die Natur beziehen, verloren gehen, was zu einem Verlust des Respekts vor bestimmten Arten und der Natur im Allgemeinen führt. Etwas Unbenanntes kann nicht geschützt werden. Die afrikanische Lebensweise, die Natur und das Klima bleiben daher eng miteinander verbunden, auch im Bereich des Klimawandels.

Sebolelo Mokapela & Russell H. Kaschula

Dr. Sebolelo Sebo Mokapela ist Leiter des Department of African Language Studies an der University of the Western Cape (UWC), Bellville, Cape Town
Prof. Russell H. Kaschula lehrt am Department of African Language Studies der UWC
Literatur: Kaschula, R.H. 1997. Xhosa. New York, USA: Rosen Publishing Group.



Der vom Anpassungsprojekt im Einzugsgebiet des Rio Búzi errichtete Flusspegel (rechts) konnte den Zyklon Idai unbeschadet überstehen.
Foto: Gereon Hunger

Unheilvolle Allianz

NATURKATASTROPHEN, KLIMAWANDEL UND ANDERE FAKTOREN.

Auswirkungen der Naturkatastrophen in Mosambik auf die Menschen, die Umwelt und die Infrastruktur erfordern ein effizientes Katastrophenmanagement. Die damit einhergehenden Projekte dienen allerdings in erster Linie der Anpassung an diese Katastrophen. Nachhaltige Anpassung an den Klimawandel in Mosambik muss die hausgemachten Ursachen der Katastrophen im Blick haben und versuchen, diese zu beseitigen oder zumindest zu vermindern.

Es ist unerträglich heiß und trocken an diesem Nachmittag in einem Dorf in der Nähe von Dombe im mittleren Einzugsgebiet des Rio Búzi in der Provinz Sofala.[1] Die letzte Regenzeit hat nur wenig Niederschlag gebracht und die Menschen leiden unter der Dürre. Die Böden sind ausgetrocknet, die Wassersäule in den wenigen Brunnen ist auf ein Minimum gesunken und das Wasser des nahegelegenen Zuflusses des Rio Búzi ist durch den illegalen Bergbau flussaufwärts unbrauchbar geworden. Plötzlich gibt es Bewegung im Dorf. Frauen und Männer in orangefarbenen Westen fordern die Bewohner*innen mit ihren Megafonen auf, ihre Häuser zu verlassen und sich zu den vereinbarten Sammelpunkten zu begeben. Sie gehören dem ehrenamtlichen lokalen Frühwarnkomitee an und halten gerade eine ihrer vierteljährlichen Übungen ab. Die Komiteemitglieder nehmen ihre Aufgaben ernst und sind trotz der dürrebedingten Entbehrungen motiviert. Wenige Wochen später beginnt, von spärlichen Niederschlägen begleitet, die Regenzeit. Die Dorfbewohner*innen bestellen hoffnungsfroh ihre Äcker. Und dann passiert das Unvorhergesehene: Plötzlich einsetzende tagelange, massive Regenfälle am Oberlauf lassen den Rio Búzi und seine Zuflüsse in kürzester Zeit über die Ufer treten. Im Dorf, das bedingt durch sein wenig ausgeprägtes Relief und die Nähe zum Fluss sehr gefährdet ist, tritt der Ernstfall ein. Dank des robusten Frühwarnsystems und des Einsatzes des Komitees können zwar alle Dorfbewohner*innen in Sicherheit gebracht werden, aber viele der Häuser werden Opfer der Fluten wie auch die erst kürzlich bestellten Äcker. Die Menschen des Dorfs haben zwar immer mal wieder Dürren und auch Überschwemmungen in ihrem Leben erlebt, allerdings nicht in dieser Häufigkeit und Intensität. Sie haben vom Klimawandel gehört und führen verständlicherweise beide Phänomene darauf zurück. Dass viele Probleme hausgemacht sind, können sie nur erahnen…

Die andere Seite der Medaille

Andere, die in der Verantwortung stehen, sollten es besser wissen, aber den Klimawandel als den Hauptschuldigen auszumachen, ist ein allzu bequemes Argument, um vom hausgemachten Beitrag zu diesen Katastrophen abzulenken.

Der Einfluss der verschiedenen „natürlichen" Faktoren und des Klimawandels auf die Umweltkatastrophen in Mosambik ist hinlänglich bekannt. Hierzu gehören die geografische Lage, bestimmt durch zahlreiche große in West-Ost-Richtung verlaufende Flusssysteme, breite Küstenebenen und Zyklone vom Indischen Ozean, um nur die wichtigsten zu nennen. Auch wenn Dürren und Überschwemmungen in Mosambik ein durchaus natürliches Phänomen sind, die zunehmende Intensität und Häufigkeit im Verlauf der letzten Jahrzehnte lässt sich nur durch die Zunahme extremer Klimaverhältnisse und Wetterereignisse erklären, die ihrerseits eine weltweit beobachtete Charakteristik des Klimawandels sind.

Einige der menschen- bzw. hausgemachten Schlüsselfaktoren in Mosambik sind schnell ausgemacht: Raubbau an der Natur mit dem Spitzenreiter Abholzung, die in den letzten Jahrzehnten erschreckende Ausmaße angenommen hat, illegaler Bergbau, Monokulturen in der Landwirtschaft und eine verfehlte Wasserressourcenbewirtschaftung. Alle tragen auf ihre Weise zu einer Verschärfung der Katastrophen bei. So erhöht beispielsweise die Abholzung in den Einzugsgebieten, gepaart mit Extremwetterereignissen, die Menge und Geschwindigkeit des Oberflächenabflusses, vermindert die Infiltration und leistet der Erosion Vorschub und trägt somit massiv zu Überschwemmungs- und Dürrekatastrophen bei. Womit wir auch schon bei der dringend notwendigen Zuweisung von Verantwortlichkeiten wären, da die oben genannten Faktoren durchaus beeinflussbar sind. Jeder, der sich ein wenig mit den politischen Verhältnissen in Mosambik auskennt, weiß um die Effizienz und Kapazität staatlicher Behörden und deren wenig ausgeprägten Willen bzw. Fähigkeit, bestehende Gesetze in der Praxis um- und durchzusetzen. Das kann leicht am Beispiel des illegalen Bergbaus in der „Reserva Nacional de Chimanimani" am Oberlauf des Rio Búzi und an der großflächigen Abholzung in den Zentralprovinzen gezeigt werden.

Die Farbe des Rio Lucite bei Dombe ist nicht natürlich (s. Foto S. 28). Sie ist die Folge extremer Trübung, ausgelöst durch illegalen Goldabbau und Bodenerosion infolge der Entwaldung stromaufwärts. Der Fluss ist hier praktisch tot, ohne aquatisches Leben, ungeeignet als Trinkwasser oder zur Bewässerung.

In beiden Fällen spielt die unheilvolle Allianz ausländischer Interessen und einflussreicher mosambikanischer Politiker*innen und deren Profitgier die entscheidende Rolle, da letztere die Macht haben, jegliche Interventionen seitens der lokalen Behörden im Keim zu ersticken. In der Regel geschieht dies durch Einschüchterung des zuständigen Personals oder schlicht durch völlig unzureichende personelle und materielle Ausstattung dieser Behörden. Die Leidtragende dessen ist immer die ländliche Bevölkerung.

Was erreicht wurde

In den letzten 20 Jahren wurden und werden in Mosambik zahlreiche Projekte durchgeführt, die sich unter dem Thema „Anpassung an den Klimawandel" einordnen lassen. Ein wesentlicher Anteil dieser Projekte befasste sich mit dem Aufbau eines nationalen Katastrophenmanagements, wobei einer der Schwerpunkte der Aufbau eines Frühwarnsystems auf kommunaler Ebene war. Es handelte sich also um Projekte, die in erster Linie die Vorsorge und Nothilfe und nicht die Ursachenbekämpfung zum Ziel hatten. Partner war und ist in den meisten Fällen das nach den Überschwemmungen im Jahr 2000 gegründete Nationale Institut für Katastrophenmanagement (INGC). Gebergelder flossen in Folge dieser und der folgenden Katastrophen reichlich und wurden zu einem Großteil vom INGC vereinnahmt und zumeist auch von dessen eigenem Personal umgesetzt. Leider wurde schnell klar, dass das INGC damit überfordert war und, was Mismanagement, Inkompetenz und Bürokratie anbetrifft, in der Institutionenlandschaft Mosambiks keine Ausnahme darstellt.

Projekte, die auf eine nachhaltige Anpassung an den Klimawandel abzielen und nicht nur die Anpassung an Katastrophen zum Inhalt haben, gab bzw. gibt es leider nur sehr wenige. Viele dieser Projekte beziehen sich auf Nahrungsmittelsicherheit und dürreresistente Landwirtschaft, nur sehr wenige auf den Wassersektor. Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Mosambik und Deutschland wurden seit 2007 verschiedene Projekte durchgeführt, die die Institutionalisierung der Katastrophenvorsorge, die Katastrophenfrühwarnung sowie das Wasserressourcenmanagement zum Inhalt hatten. Alle Projekte wurden mit einem hohen Nachhaltigkeitsanspruch durchgeführt, stießen aber diesbezüglich auch an ihre durch die politischen und institutionellen Verhältnisse bestimmten Grenzen.

Das zurzeit im Abschluss befindliche Projekt AMC (Adaptação Mudanças Climáticas) in Mosambik verfolgte einen Ansatz, der, neben den Themen Nachhaltigkeit und Effizienz der Frühwarnstrukturen, insbesondere die hausgemachten Ursachen der Katastrophen in den Fokus rückte. Hierzu wurde das Konzept des integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM) pilothaft für das Einzugsgebiet des Rio Búzi angewendet.

Das Bezugssystem des IWRM ist das Einzugsgebiet. Hier integriert das Konzept alle Sektoren und Aufgaben, die zum nachhaltigen Schutz der Wasserressourcen, zur Sicherstel-

lung der Versorgung und gerechten Verteilung sowie Überwachung der Gewässer erforderlich sind. Die allermeisten der diesbezüglich im IWRM-Plan definierten Maßnahmen dienen der Anpassung an den Klimawandel. Dem IWRM, zu dessen Umsetzung sich Mosambik per Gesetz verpflichtet hat, kommt bei der Anpassung an den Klimawandel eine Schlüsselrolle zu, die durch die Wasserbehörden, aber auch Umwelt- und Forstbehörden, wahrgenommen werden muss.

Durch die Beteiligung aller relevanten Wassernutzer*innen, organisiert in einem Einzugsgebietskomitee, die Etablierung eines stabilen Messstellennetzes, die institutionelle Stärkung der regionalen Wasserbehörde und Ausbildung des Distriktpersonals sowie durch die Verbesserung der Nachhaltigkeit der lokalen Frühwarnkomitees ist es dem o. g. Projekt zumindest teilweise gelungen, die Resilienz der ländlichen Bevölkerung zu stärken und den Schutz des Einzugsgebiets und seiner Wasserressourcen in den Plänen der Distrikt- und Wasserverwaltungen zu verankern.

Der vom Projekt errichtete Flusspegel (s. Foto S. 26) hat im Gegensatz zur Brücke über den Rio Búzi im Distrikt Mossurize die Zerstörung durch den Zyklon Idai unbeschadet überstanden.

Langfristig erfordert die Bewältigung der oben genannten Umweltzerstörungen und damit auch die Anpassung an den Klimawandel in Mosambik die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze durch die Distriktverwaltungen, Wasserbehörden und die Provinzregierungen sowie die Umsetzung nachhaltiger Konzepte (IWRM) und die Stärkung des Mitspracherechts der Zivilgesellschaft, insbesondere der Wassernutzerkomitees. Dies alles setzt allerdings funktionierende demokratische Strukturen und den politischen Willen voraus, diese umzusetzen. Dass die Voraussetzungen dafür mittelfristig geschaffen werden, kann angezweifelt werden.

Gereon Hunger

Der Autor ist Hydrogeologe und arbeitet seit 1988 in der EZ, v. a. im lusophonen Afrika. In Mosambik war er zwischen 1996 und 2019 u.a. als Projektleiter des GIZ-Vorhabens „Anpassung an den Klimawandel" (AMC) tätig. Sein Beitrag erschien zuerst im Mosambik Rundbrief 101.

1. Die folgende Geschichte bezieht sich nicht auf ein bestimmtes Dorf, sondern ist beispielhaft für die Situation vieler Gemeinden im Einzugsgebiet des Rio Búzi, die von den Folgen des Zyklons Idai betroffen waren.

Der durch Bergbau und Bodenerosion eingetrübte Rio Lucite. Foto: NASA Johnson



Fracking in Zeiten der Klimakrise?

DIE ÖLBOHRUNGEN IM OKAVANGOBECKEN HABEN BEGONNEN.

AWenn die riesigen dort vermuteten Erdölfelder nicht nur konventionell, sondern mit Fracking gefördert werden sollten, ist das weltberühmte Okavango-Ökosystem bedroht (s. afrika süd 2-2021) – und das ausgerechnet zu Zeiten einer sich zuspitzenden Klimakrise.

Größer könnte der Kontrast kaum sein: Auf der einen Seite ist das Okavangodelta eine riesige Oase inmitten der trockenen Kalahari, einer Trockensavanne, die durch ihren Sand sogar von manchen als Wüste bezeichnet wird. Auf der anderen Seite bildet es zugleich das größte Feuchtgebiet Afrikas.

Der Okavango, auch Kavango oder Kubango genannt, durchfließt auf seiner 1700 km langen Strecke Angola, Namibia und Botswana und durchquert dabei Afrikas größten Verbund von Schutzgebieten: die Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area (KAZA). 2011 wurde die KAZA durch die zugehörigen Länder Angola, Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe gegründet. Mit einer Fläche von fast 520.000 km^2 ist der Verbund ungefähr so groß wie Spanien und beinhaltet dabei zugleich 36 einzelne Nationalparks und Wildreservate. Dieses einzigartige Gebiet ist Heimat von unfassbarer Flora und Fauna. Dazu zählen Afrikas größte Elefantenpopulation sowie verschiedene Tierarten, die als (stark) gefährdet oder gar als vom Aussterben bedroht gelten, darunter u. a. der Afrikanische Wildhund. 2014 wurde das in Botswana liegende Okavangodelta zum 1000. Unesco-Welterbe ernannt.

ReconAfrica hat mit Bohrungen begonnen

Doch die Schönheit und Einzigartigkeit ist in Gefahr, genau wie die Tier- und Pflanzenwelt sowie die 200.000 Menschen, die inmitten dieser Oase leben. Das kanadische Unternehmen Reconnaissance Energy Africa Ltd. (ReconAfrica) vermutet bereits seit einiger Zeit, dass im Grenzgebiet von Namibia und Botswana 120 Mrd. Barrel Erdöl lagern. Somit würde sich hier im Okavangobecken das größte Erdölfeld der Welt verbergen. Allein die USA würden 16 Jahre benötigen, um das gesamte hier vermutete Erdöl zu verbrauchen.

In der derzeitigen globalen Diskussion, in der die Förderung von Erdöl bzw. Erdgas eher als verschärfendes Element für den Klimawandel angesehen wird, sollte man eigentlich davon ausgehen, dass das Okavangobecken von Erdölinteressen unberührt bleibt. Doch ReconAfrica hat bereits 2015 eine vierjährige Explorationslizenz für stratigraphische Bohrungen in Namibia erhalten. Das genehmigte Explorationsgebiet liegt inmitten der KAZA-Zone und in direkter Nähe zu drei namibischen Schutzgebieten: Khaudum, Mangetti und Bwabwata. Ab Juni 2020 gilt nun auch die vierjährige Explorationslizenz für den Nordwesten Botswanas. Das gesamte nun lizensierte Explorationsgebiet von ReconAfrica umfasst somit ca. 35.000 km^2 und liegt inmitten eines ökologisch sensiblen und geschützten Gebietes, welches das Okavangodelta speist.

Noch 2020 gab die namibische Regierung an, ReconAfrica keine Erlaubnis zur Förderung von Erdöl erteilt zu haben. Die Explorationslizenz beliefe sich ausschließlich auf Testbohrungen. Doch warum sollte ein kanadisches Unternehmen Testbohrungen in Afrika durchführen, wenn nicht die Chance bestünde, dort im weiteren Verlauf auch Erdöl zu fördern? Es verwundert also nicht, dass im August 2020 ReconAfrica in einer Pressemitteilung bekannt gab, dass man bei erfolgreicher Exploration sowohl auf namibischer als auch auf botswanischer Seite Erdöl bzw. -gas über einen Zeitraum von 25 Jahren fördern wolle.



Vorbereitungen für Probebohrungen in Namibia. Foto: ReconAfrica

Im April 2021 war es dann soweit: ReconAfrica teilte in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit dem namibischen Ministerium für Energie und Bergbau mit, dass man bei ersten Probebohrungen in der Nähe bzw. entlang des Okavangos sowohl auf namibischer als auch auf botswanischer Seite auf Erdöl gestoßen sei. Doch was bedeutet dieser Erdölfund nun für die Region?

Sowohl ReconAfrica als auch Namibias Minister für Bergbau und Energie argumentieren mit der Generierung von Arbeitsplätzen, die für die gesamte Region vorteilhaft sei. Die Kavango-Region im Nordosten Namibias ist die ärmste Region des Landes. Die Arbeitslosenquote liegt bei fast 50 Prozent. Auch wenn mögliche Arbeitsplätze in der Erdölför-

derung eine positive Aussicht erwecken lassen, so besteht insbesondere bei den Anwohner*innen die Angst, dass, wenn die Förderstellen einmal in vollem Einsatz stehen, die Jobs nur an besser qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland vergeben werden.

Die namibische Regierung verfügt über einen zehnprozentigen Anteil an der Erdölerschließung durch ReconAfrica. Doch wie passt diese Beteiligung damit zusammen, dass die namibische Regierung sagt, ReconAfrica habe keine Erlaubnis zur Förderung von Öl geschweige denn für Fracking? Neben diesen teils fragwürdigen Umständen ist die Förderung fossiler Brennstoffe selbstverständlich auch unter den Vorzeichen einer sich zuspitzenden Klimakrise hochproblematisch. So bezeichnet die Deutsche Umwelthilfe die Erdölförderung als einen rückwärtsgewandten Weg.



Petition der San gegen die Bohrungen durch ReconAfrica. Foto: African Centre for Biodiversity

Damoklesschwert Fracking

Zudem liegt das Explorationsgebiet und somit auch das mögliche Ölfördergebiet inmitten des geschützten Gebietes der KAZA und dazu noch in direkter Nähe zum Unesco-Welterbe – dem Okavangodelta. Allein die problematische Lage am Oberlauf des Okavangos deutet an, dass die Förderung von Öl gravierende Folgen insbesondere auf ökologischer Ebene mit sich ziehen kann. Dies wird zudem dadurch verstärkt, dass ReconAfrica bereits frühzeitig Aussagen tätigte, die den Einsatz „unkonventioneller Bohrmöglichkeiten" beinhalteten. Es kann davon ausgegangen werden, dass hiermit die höchst umstrittene Erdölförderung durch Fracking gemeint ist. Diese Andeutungen wurden im Juni 2020 zusätzlich durch Scot Evans, Geschäftsführer von ReconAfrica, untermauert. Dieser rühmte sich damit, nun bei ReconAfrica einen hochrangigen Frackingexperten im Team zu haben.

Nach Protesten von SOUL (Save the Okavango's Unique Life) und Fridays For Future Windhoek hat ReconAfrica zwar dementiert, Fracking-Absichten zu hegen, nicht aber die Absicht, Erdöl zu fördern. Die namibische Regierung gibt an, dass die bisherigen Lizenzen von ReconAfrica ausschließlich der Exploration, nicht aber der Förderung von Öl dienten. Bei einer Erdölförderung durch Fracking müssten weiterführende Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt werden. Die bislang durchgeführten UVP zeigen laut namibischem Umweltministerium keine negativen ökologischen Auswirkungen durch die Förderung von Erdöl. Kritiker*innen sehen dies gänzlich anders. Beim Fracking bestehe stets die Gefahr der Oberflächen- und Grundwasserverschmutzung. Bereits ungesicherte Testbohrungen könnten zu eklatanten und irreversiblen Schäden führen. Hinzu kommt, dass Erdölförderung durch Fracking das Risiko für Erdbeben erhöht.

Diese allgemeinen Probleme werden im möglichen Fördergebiet durch lokale Gegebenheiten verstärkt. Das Okavangobecken ist bereits ohne Fracking seismisch aktiv. Fracking würde die bereits bestehende Erdbebengefahr somit deutlich erhöhen. Hinzu kommt, dass im Okavangobecken ein semiarides Klima herrscht. Die Erdölförderung durch Fracking benötigt jedoch einen enormen Wasserverbrauch. Pro Bohrung werden durchschnittlich 19 Mio. Liter Süßwasser benötigt. Bereits die Testbohrungen benötigen Unmengen an Wasser. Woher das Wasser stammen wird, das für die Bohrungen benötigt wird, ist umstritten. Die National Geographic gibt an, dass das Wasser aus dem namibischen Omatako, der später in den Okavango fließt, entnommen werden soll. Das Onlinemagazin „Yale Environment 360" weist hingegen darauf hin, dass der Okavango die einzig nutzbare Wasserquelle sei und dieser direkt im Lizenzgebiet von ReconAfrica fließen würde.

Die enormen Wassermengen, die zur Ölförderung benötigt werden, sind in der durchgeführten UVP jedoch vernachlässigt worden. Doch gerade diese haben zur Folge, dass die in der Region ohnehin schon knappe Ressource Wasser weiter minimiert wird, was wiederum direkte Auswirkungen auf Flora, Fauna und Menschen hat. Das derzeit intakte Ökosystem rund um das Okavangodelta könnte zerstört werden und dies könnte dazu führen, dass der Status als Unesco-Welterbe aberkannt würde.

Die Förderung von Erdöl, gleich ob mit konventionellen Methoden oder per Fracking, benötigt zudem eine funktionierende Infrastruktur. Hierfür müssten u. a. weitere Straßen, die auch für Schwerlasttransporte geeignet sind, erbaut werden. Das würde die Lebensräume von Tieren verkleinern und fragmentieren. Zugleich ist die Sorge groß, dass durch den Zustrom an Ölarbeiter*innen die Nachfrage nach Wildfleisch steigen könnte. Zumal der Abtransport gewilderter Tiere durch neu erbaute Straßen vereinfacht wird.

Für die lokale Bevölkerung stellt die Förderung von Erdöl eine existenzielle Bedrohung dar. Die damit verbundene Senkung des Grundwasserspiegels ist gerade für die lokale Bevölkerung eine enorme Gefahr, da diese sich meist durch handbetriebene Brunnen und Pumpen mit Wasser versor-

gen. Bei einer Absenkung des Grundwasserspiegels ist dies jedoch nicht oder nur noch erschwert möglich.

In der Region wird der Lebensunterhalt meist durch Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus erwirtschaftet – all dies wäre bei der Förderung von Erdöl in Gefahr. Bisher kann sich Namibia zu 70 Prozent selbst ernähren. Doch Erdölförderung, insbesondere Fracking, bedroht die Farmen im Explorationsgebiet, was zu einer Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit im gesamten Land führen könnte. Auch die Einnahmen aus dem Tourismus, die bislang 13 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) in Botswana ausmachen, könnten drastisch abnehmen. Grund hierfür ist, dass die vorhandene Flora durch Ölförderung zerstört wird, was wiederum zur Verdrängung von Wildtieren führt.

Hinzu kommt, dass die traditionelle Lebensweise der indigenen Gemeinschaft der San, die seit über 40.000 Jahren in diesem Gebiet lebt, gefährdet ist. Der San-Aktivist Q7 Beckett befürchtet, dass manche San erst von der Erdölförderung erfahren könnten, wenn es bereits zu spät ist und die Förderung schon begonnen hat.

Es gibt bislang keine Hinweise darauf, dass die lokale Bevölkerung an den Gewinnen beteiligt werden soll. Vielmehr besteht der Vorwurf, dass ReconAfricas Erdölförderung eine aggressive und neokoloniale Ressourcenextraktion sei. Die lokale Bevölkerung zahlt also einen hohen Preis für die Erdölförderung. Denn insbesondere Fracking steht in der Kritik, schwerwiegende Gesundheitsschäden mit sich zu bringen. Die toxischen Gase sollen Krebs, Geburtsfehlbildungen und andere schwerwiegende Langzeitgesundheitsschäden auslösen.

Petition gegen das Vorhaben

Auch die Aktivistin und Künstlerin Ina-Maria Shikongo sieht die negativen Folgen von Fracking als weitaus gravierender als die potenziellen positiven Gewinne durch die Förderung von Erdöl im Okavangobecken. Gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe hat Shikongo eine Petition gestartet. Darin fordern sie die deutsche Bundesregierung auf, sich für den Erhalt der Lebensgrundlage von Mensch und Tier in der KAZA, dem Okavangodelta sowie den umliegenden Gebieten einzusetzen. Dafür soll eine erneute UVP durchgeführt werden, da die vorliegende UVP weder neutral noch länderübergreifend gewesen sei. Betroffene Gemeinschaften wie die San seien am stärksten von Erdölförderungen durch ReconAfrica betroffen. Jedoch sei die im Gebiet wohnende Bevölkerung nicht über die Pläne der Erdölförderung informiert oder in den Planungsprozess sowie die UVP miteinbezogen worden. Zudem beklagen sich Anwohner*innen, dass die Testbohrungen, die seit Januar 2021 laufen, bereits jetzt zu unfassbarem und durchgängigem Lärm führten.

Eine Ölförderung ist aus Petitionssicht zudem nicht vereinbar mit den Förderzielen der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die KfW unterstützt seit 2012 mit 35,5 Mio. Euro Steuergeldern das grenzüberschreitende Friedensprojekt der KAZA. Hierbei liegt ihr Fokus insbesondere auf dem Naturschutz, standortgerechtem Landbau sowie der Förderung von (Öko)-Tourismus. Die Gefahren der Ölsuche spielt die KfW bislang herunter und das, obwohl sie im Gegensatz zu ihren Förderzielen stehen. Zudem fordert die Petition, dass das Gebiet des Unesco-Welterbes ausgeweitet wird und somit auch angolanische Flächen miteinbezogen werden, denn genau hier entspringt der Okavango. Angola hat zudem das bislang bestehende Ölförderverbot aufgehoben.



Die Aktivistin Ina-Maria Shikango engagiert sich an vorderster Front gegen das Fracking-Vorhaben.

Die Petition wurde am 2. Juni 2021 mit 126.635 Unterschriften an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Berlin übergeben. Hierfür wurde vorab ein Termin mit Günter Nooke, dem persönlichen Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, vereinbart. Doch am Tag der Petitionsübergabe wurde dem namibischen Aktivisten, der an der Petition mitgearbeitet hat, Israel Kaunatjike, der Zutritt auf das BMZ-Gelände verwehrt. Daraufhin entschloss sich das Petitionsteam, den Termin mit Nooke abzusagen und die Unterschriften zusammen mit Kaunatjike sowie Andy Gheorghiu, der für die Initiative SOUL tätig ist, außerhalb des BMZ an eine Vertreterin des Ministeriums zu übergeben. Die Petition läuft weiter und das Team hofft auf tatkräftige Unterstützer*innen. Denn nur durch Petitionsunterschriften sowie Spenden u. a. zur Finanzierung der Beantragung des Welterbes sieht das Team eine Chance darin, die Ölförderabsichten im Okavangobecken aufhalten zu können.

Annika Heck

Die Autorin ist Masterstudentin im Fach Geographie mit Schwerpunkt Entwicklungsgeographie und Geographische Gesundheitsforschung. Derzeit ist sie als Praktikantin bei der issa tätig.



40.000 Kinder sind laut Unicef im Südosten der DR Kongo in Minen tätig. Foto: Unicef/Brown

Kann das im Boden bleiben?

ENERGIE- UND ROHSTOFFWENDE WERDEN OFT GEGENEINANDER AUSGESPIELT.

Für die Energiewende, so heißt es, brauche man große Mengen an metallischen Rohstoffen. Ein Beispiel dafür ist die DR Kongo, in der Kobalt meist unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen gefördert wird. Hier birgt der Abbau von Kobalt ein hohes Risiko vor allem für die Schürfer*innen im Kleinbergbau und die Bevölkerung in den Abbaugebieten. Doch kann ein Umlenken der unfairen Abbaubedingungen von mineralischen Rohstoffen sowie die Abkehr von fossilen Rohstoffen gelingen, ohne einen neuen fatalen Rohstoffhunger zu befeuern? Die Autorinnen plädieren für eine globalgerechte Transformation.

Metallische Rohstoffe sind die materielle Basis einer Energie- und Mobilitätswende. Das macht sie zu einer wichtigen Zutat im Kampf gegen die Klimakrise und für den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, die sowohl ökologisch als auch menschenrechtlich höchst problematisch sind. Technologie und Infrastruktur für erneuerbare Energien, aber auch Digitalisierung und wachsende Mobilitätsbedürfnisse tragen zu einer wachsenden Primärförderung von Technologiemetallen, etwa Lithium, Kobalt, Nickel und Seltene Erden, aber auch sogenannte Massenmetalle wie Kupfer und Aluminium, bei. Global wird sich die Inanspruchnahme metallischer Primärrohstoffe daher auf absehbare Zeit deutlich erhöhen. Zugleich sind die ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Rohstoffabbaus schon heute Treiber für soziale Missstände und Konflikte sowie für Umweltzerstörung in den Produktionsländern, wie anhand des Kobaltabbaus in der DR Kongo aufgezeigt wird.

Kobaltabbau in der DR Kongo

Die DR Kongo verfügt mit rund 64 Prozent (rund 76.000 Tonnen) über den Hauptanteil des weltweiten Kobaltvorkommens. Kobalt wird vor allem für die leistungsstarken Batterien in der E-Mobilität benötigt. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Kobalt wird sich der Gesamtbedarf an Kobalt bis zum Jahr 2026 mehr als verdoppeln. Allerdings

zählt dieser mineralische Rohstoff zu den sogenannten kritischen Rohstoffen. Kritisch sind diese Rohstoffe aus verschiedenen Gründen: Aus Sicht der Industrieverbände vereinen sich bei Kobalt eine hohe Angebotskonzentration in wenigen Ländern mit dem hohen Risiko bzgl. der dort herrschenden politischen Stabilität, insbesondere in der DR Kongo. Aus der Perspektive der Menschenrechts- und Umweltorganisationen sind die Rohstoffe vor allem kritisch mit Blick auf Menschenrechtsverletzungen beim Abbau, die Zerstörung von Ökosystemen und damit der Lebensgrundlage der Bevölkerung in den Abbaugebieten.

Die Kobaltförderung in der DR Kongo konzentriert sich auf die beiden Provinzen Haut-Katanga und Lualaba. In den nächsten Jahren wird der Anteil der Kobaltförderung in der DR Kongo weiter zunehmen, sowohl im industriellen wie auch im Kleinbergbau. An dieser Stelle soll es nur um den Kleinbergbau gehen. Rund 20 Prozent des Kobalts wird artisanal, d. h. nicht industriell, abgebaut. Diese Zahl steigt, da der meist ungeregelte Kleinbergbau ein wichtiger Einkommenssektor für die Bevölkerung in den rohstoffreichen Regionen ist. Allerdings sind viele Risiken damit verbunden, da der Kleinbergbau häufig ohne staatliche Kontrollen und rechtliche Absicherungen stattfindet. Die Arbeiter*innen arbeiten meist unter prekären Bedingungen. Es fehlt an ausreichender Schutzbekleidung und Sicherheit. So setzen sie sich nicht nur in selbstgebauten Tunneln und ungesicherten Gruben Gefahren aus – allein im Zeitraum von Oktober 2014 bis Oktober 2015 wurden 72 Todesfälle bei einstürzenden Tunneln oder anderen Vorfällen in diesem Sektor gezählt. Auch die gesundheitsschädlichen Risiken sind hoch. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) kann Kobaltstaub langfristige Atemwegserkrankungen verursachen.

Oft arbeiten auch Kinder und Jugendliche im Kleinbergbau. Sie sortieren und waschen die Mineralien aus und betätigen sich als Träger*innen. Die grassierende wirtschaftliche Armut ist eine der Hauptursachen für die Arbeit von Minderjährigen. Kongolesische Nichtregierungsorganisationen (NRO) und kirchliche Verbände nennen zudem die ökologischen Probleme beim Kleinbergbau, aber vor allem beim industriellen Bergbau. So fehlen Sensibilisierungsmaßnahmen für den Umweltschutz, stillgelegte Gruben werden nicht rehabilitiert und bleiben oftmals bestehen, Gewässer und Trinkwasserzufuhren werden durch Auswaschungen der Mineralien verschmutzt.

Konflikte zwischen Groß- und Kleinbergbau

Ein weiteres Problem ist der zunehmende Konflikt zwischen dem industriellen Bergbau und den Kleinschürfer*innen. Im Gegensatz zum Großbergbau sind die meist in (wenig funktionierenden) Kooperativen arbeitenden Kleinschürfer*innen von einer fehlenden Rechtslage, fehlenden wirtschaftlichen Zugang zu lukrativen Konzessionen und fehlender Gleichbehandlung durch Zwischenhändler*innen und Abnehmer*innen betroffen. Die Konflikte nehmen parallel zur erhöhten Nachfrage nach Kobalt zu. Es kommt zu Streitigkeiten um Abbaurechte und fehlende Konzessionen für die Kleinschürfer*innen. Diese dringen auf Konzessionsgebiete der Bergbauunternehmen ein, um zu schürfen und dadurch ihre Lebensgrundlage sichern zu können. In diesem Zusammenhang kommt es häufig auch zu Gewalt zwischen dem Sicherheitspersonal von Bergbauunternehmen und Kleinschürfer*innen. Die Opfer sind zumeist Letztere. Des Weiteren stehen die Kleinschürfer*innen am Ende der Profitkette und bekommen den geringsten finanziellen Anteil ab. Zwar birgt der Kleinbergbau einen größeren Gewinn als die landwirtschaftliche Produktion, ist aber von vielen Variablen abhängig und birgt etliche Gefahren.

Angesichts dieser prekären Lage in der Rohstoffförderung stellt sich die Frage, wie man sie gerecht und ökologisch gestaltet, damit die lokale Bevölkerung auch tatsächlich davon profitieren kann: Zum einen müssen menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette verbindlich verankert werden und die Bedürfnisse der Kleinschürfer*innen viel stärker in den Fokus genommen werden. Das bedeutet vor allem eine formelle Verankerung des Kleinbergbaus in die Kobalt-Lieferkette sowie die Stärkung von Kooperativen. Es gilt aber auch, die Diversifizierung der Wirtschaft in den Abbauländern zu unterstützen und alternative Einkommensquellen für die lokale Bevölkerung in den Abbaugebieten zu erschließen.

Kreislaufwirtschaft: Wie man den Rohstoffverbrauch absolut senken kann

Doch eines sollte nicht vergessen werden: Umweltauswirkungen und Menschenrechtsrisiken des Bergbausektors werden am besten angegangen, wenn möglichst viele Rohstoffe im Boden bleiben. Daher liegen die zentralen Stellschrauben zur rohstoffschonenden Energiewende im Globalen Norden. Um einen schnellen Ausbau des erneuerbaren Energiesystems zu gewährleisten und zugleich den Nachfragedruck auf die primäre Rohstoffförderung so gering wie möglich zu halten, ist es zwingend notwendig, den Rohstoffverbrauch zu reduzieren. Dazu braucht es Strategien zur Reduktion, zum Ersatz und Recycling im Rahmen einer echten Kreislaufwirtschaft, insbesondere in jenen Sektoren, die heute in hohem Maße von der Zufuhr primärer metallischer Rohstoffe abhängen. Hierunter fallen insbesondere der Verkehrs-, der Bau- und Wohn- sowie der Elektroniksektor. Reduktionsstrategien müssen daher u. a. Mobilitätskonzepte beinhalten, die weniger rohstoffintensive Mobilitätsformen fördern und das vorherrschende Paradigma des privaten Autobesitzes ablösen. Auch die Förderung weniger flächenintensiver Wohnformen, die Umsetzung des Rechts

auf Reparatur sowie die Schaffung eines Ordnungsrahmens für nachhaltige Produkte sind wichtige Werkzeuge. Wie hoch unser Ressourcen- und Rohstoffverbrauch künftig sein wird, hängt auch maßgeblich davon ab, inwieweit politische Rahmensetzungen digitale Entwicklungen zugunsten des Ressourcenschutzes steuern.

Unter Berücksichtigung der zuvor skizzierten Aspekte und mit einem Umbau hin zu einer konsequenten Kreislaufwirtschaft kann somit in Industrieländern – trotz eines sehr schnellen Ausbaus der erneuerbaren Energieinfrastruktur – eine absolute Reduktion des metallischen und primären Rohstoffverbrauchs gelingen. Denn im Gegensatz zu Ländern des Globalen Südens verfügen Industrieländer aufgrund historischer Akkumulationsprozesse bereits über hohe Metallbestände (z. B. in Form von Infrastruktur und Schrotten), insbesondere bei den Massenmetallen Kupfer, Eisen und Aluminium. Laut Szenarien der RESCUE-Studie des Umweltbundesamtes könnte Deutschland seine Rohstoffinanspruchnahme bis 2050 um bis zu 74 Prozent bei den Massenrohstoffen Aluminium, Kupfer und Eisen im Vergleich zu 2010 senken. Bereits bis 2030 könnte demnach der Primärverbrauch metallischer Rohstoffe um 29 Prozent reduziert werden.[1]

Rohstoff- und Energiewende – geht das auch zusammen?

Um die sozial-ökologische Transformation global gerecht zu gestalten und die menschenrechtlichen Herausforderungen des fossilen Rohstoffsektors nicht in den metallischen zu verlagern, ist es daher wichtig, Belange der Klima- und Ressourcengerechtigkeit auf politischer Ebene kohärent miteinander zu verzahnen und gemeinsam zu adressieren.[2] D. h., neben dem schnellen Ausbau eines erneuerbaren Energiesystems bedarf es einer strukturellen und tiefgreifenden Transformation der rohstoffintensiven Sektoren mit absoluten Reduktionszielen für ihre Inanspruchnahme von Rohstoffen – insbesondere in Industrieländern.

Um die Situation in den Produktionsländern – wie anhand des Beispiels Kobaltabbau in der DR Kongo aufgezeigt – zu verbessern, ist es notwendig, die unterschiedlichen Bedingungen für die Bevölkerung und die Kleinschürfer*innen in den Abbaugebieten genau zu analysieren und sowohl menschenrechtliche als auch ökologische Sorgfaltspflichten in der gesamten Wertschöpfungskette zu verankern. Doch neben den Ansätzen eines verantwortungsvollen Rohstoffabbaus und -bezugs müssen Deutschland und die EU auch Strategien entwickeln und Maßnahmen umsetzen, um ihre primäre Rohstoffinanspruchnahme zugunsten einer Kreislaufwirtschaft absolut zu senken. Nur so kann auch eine konsequente Rohstoffwende vor dem Hintergrund der Energiewende gelingen – mit demokratischen, sozialen und umweltpolitischen Rahmenbedingungen für den globalen Rohstoffabbau.[3] Als erste umfassende Analyse ihrer Art verdeutlicht die RESCUE-Studie des Umweltbundesamtes: Deutschland kann eine progressive Energiewende und eine anspruchsvolle Rohstoffwende zugleich umsetzen, wenn heute die richtigen Weichen seitens der Politik gestellt werden.

Rebecca Heinz und Gesine Ames

Rebecca Heinz arbeitet seit 2020 im Team Unternehmensverantwortung bei Germanwatch u. a. zu ressourcenpolitischen Fragestellungen.
Gesine Ames ist seit 2014 Koordinatorin des Ökumenischen Netz Zentralafrika. Das ÖNZ ist ein Zusammenschluss von kirchlichen Werken, der sich für Menschenrechte und Rohstoffgerechtigkeit in der Großen Seen Region einsetzt.

1. Purr, K., Günther, J., Lehmann, H. und Nuss, P. et al. (2019): Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität – RESCUE: Langfassung. In: Climate Change. Vol. 36/2019. Abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/rescue
2. Heinz, R. und Sydow, J. (2019): Metallische Rohstoffe: Der blinde Fleck. In: Politische Ökologie. Morgenland. Denkpfade in eine lebenswerte Zukunft. Vol. 37, S. 138-143. Abrufbar unter: https://germanwatch.org/de/18611
3. AK-Rohstoffe (Hrsg.): 12 Argumente für eine Rohstoffwende. Abrufbar unter: https://germanwatch.org/de/18589

Foto: Photos Ludo, cc: by-sa





*Klimaproteste von Schüler*innen in Kapstadt. Foto: Ashraf Hendrickse/GroundUp*

Fridays for Future Afrika

„What do we want? – Climate Justice! – When do we want it? – Now!", so tönt es in den vergangenen Jahren immer wieder durch deutsche und europäische Städte. Junge Menschen gehen an Freitagen auf die Straßen, um für eine bessere Zukunft und das Einhalten der Klimaziele zu kämpfen. Die Klimastreiks gehen auf die schwedische Schülerin Greta Thunberg zurück. 2018 boykottierte die damals 15-jährige die Schule, um mit einem Sitzstreik vor dem schwedischen Reichstagsgebäude gegen die nationale Klimapolitik zu protestieren. Thunberg traf damit den Nerv der Zeit und schon bald schlossen sich weitere Schüler*innen in Schweden und zunehmend auch im europäischen Ausland der Fridays-for-Future-Bewegung an. Ihre Forderung: Die Regierungen sollen ihre Maßnahmen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene so ausrichten, dass eine Erderwärmung so weit wie möglich minimiert wird. Hierzu sollen sich die Länder an die Grundsätze des Pariser Klimaabkommens halten, welches 2015 von 195 Staaten unterzeichnet wurde.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, blieben Jugendliche und junge Erwachsene immer häufiger an Freitagen dem Schulunterricht fern, um auf der Straße für erneuerbare Energien, Klimagerechtigkeit und vieles mehr zu demonstrieren. Hierbei war die europäische Jugend nicht nur auf den Straßen präsent. Nein, auch in den Medien wurde und wird viel und ausführlich über die streikenden Fridays-for-Future-Aktivist*innen berichtet.

Verfolgt man die Berichterstattung, so beschleicht einen aber das Gefühl, dass Fridays for Future hauptsächlich in Europa aktiv wäre. Aber das ist ein Irrtum! Jugendliche in Australien, China, den USA oder Brasilien rufen ebenfalls zu Schulstreiks auf, versammeln sich und protestieren lautstark, wenn auch in kleinerem Maße als in Europa. Doch was ist mit den jungen Menschen in Afrika? Der Kontinent, auf dem 14 Prozent der Weltbevölkerung leben. Der Kontinent, der nach Angaben der Vereinten Nationen am härtesten von den Folgen des Klimawandels getroffen wird. Hat die Fridays-for-Future-Bewegung Afrika bislang nicht erreicht?

Die afrikanische Greta

Anders als es in den Medien erscheint, steht auch die afrikanische Jugend nicht still. Auch hier haben sich Schüler*innen und Student*innen vereint und sich der mittlerweile globalen Fridays-for-Future-Bewegung angeschlossen. Zu ihnen zählt unter anderem Vanessa Nakate, die von manchen auch die afrikanische Greta genannt wird. Die mittlerweile 24-jährige Uganderin erkannte während einer Recherche, dass ihr Heimatland von Landwirtschaft abhängig ist und dass die Erderwärmung die arme Bevölkerung am härtesten treffen wird. Zugleich stieß Nakate auch auf Thunbergs Schulstreiks, die sie inspirierten, im Januar 2019 selbst vor dem ugandischen Parlament zu streiken. Auch ihr schlossen sich bald weitere Schüler*innen und Student*innen an. Gemeinsam fordern sie ihre eigene Regierung auf, die Treibhausgasemissionen zu minimieren. Und Nakate hat weitere Visionen. So startete sie unter anderem das Green Schools Project, welches an ugandischen Schulen Solarenergie und umweltfreundliche Öfen implementiert.

Der Aktivistin Fatou Jeng gehen Schulstreiks allein nicht weit genug. Die aus Gambia stammende Studentin ist der Überzeugung, dass streikende Schüler*innen nicht die beste Lösung für das eigene Land seien. In Gambia liegt die Analphabetenrate bei ca. 50 Prozent – Bildung gilt somit als Privileg, was dazu führt, dass nur wenige Verständnis für streikende Schüler*innen zeigen. Jeng fordert die Schüler*innen auf, im Klimaschutz selbst aktiv zu werden. Und so geht sie mit bestem Beispiel voran: Bereits 2017 gründete Jeng „Clean Earth Gambia". Die Organisation hat schon 5000 Kokospalmen gepflanzt und weitere 3000 sollen folgen, um das Abrutschen der Küste vor der Hauptstadt Banjul zu verhindern. Denn bereits jetzt hat die Stadt mit Flut und Starkregen zu kämpfen. Ohne Intervention droht ein Großteil der Stadt bis 2050 im Meer zu versinken. Und mit ihr, so befürchtet Jeng, könnten viele Menschen sterben und so das kulturelle Erbe der Nation für immer zerstört sein. Auch wenn es den Regierungen oftmals an finanziellen Mitteln fehlen würde, so wird Jengs Projekt doch durch Gambias Umweltminister unterstützt.



Afrikas Greta: die ugandische Klimaaktivistin Vanessa Nakate.
Foto: @vanessanakate1

Sich Gehör verschaffen

Doch nicht immer stoßen die afrikanischen Aktivist*innen auf Unterstützung. Oftmals erleben sie eine innere Zerrissenheit. Sie protestieren für ein und dieselbe Sache Seite an Seite mit anderen Aktivist*innen rund um den Globus. Das erzeugt ein Gefühl von Gemeinschaft, von Zugehörigkeit. Doch zugleich überkommt sie das Gefühl der Einsamkeit, das Gefühl, nicht gehört und gesehen zu werden. So müssen sich die afrikanischen Aktivist*innen zunächst in ihrem eigenen Land Gehör verschaffen. Nicht selten berichten sie darüber, dass die anfänglichen Vorbehalte nicht nur von Fremden, sondern oftmals auch aus der eigenen Familie kamen. Doch sie haben nicht aufgegeben, sind nicht leiser geworden, sondern vielmehr lauter. So laut, dass sie auch international gesehen werden.

So kam es, dass Nakate im Januar 2020 mit zwanzig anderen Klimaaktivist*innen zum Weltwirtschaftsforum in Davos reiste. Doch auch hier zeigte sich, dass die afrikanischen Aktivist*innen weit weniger beachtet werden als ihre europäischen Mitstreiter*innen. Der Bildredakteur der Nachrichtenagentur Associated Press schnitt Nakate nachträglich aus einem Foto mit Fridays-for-Future-Aktivistinnen heraus, sodass schlussendlich ausschließlich weiße Aktivistinnen – darunter Greta Thunberg und Luisa Neubauer – zu sehen waren. Auf Twitter kommentierte Nakate „Ihr habt nicht nur ein Foto gelöscht. Ihr habt einen Kontinent gelöscht." Gerade solch ein Foto wäre eine gute Möglichkeit gewesen, international darüber zu berichten, dass neben europäischen Aktivist*innen auch junge Menschen aus Afrika sich für eine gerechte und nachhaltige Klimapolitik engagieren.

Die afrikanischen Aktivist*innen lassen sich auch durch derlei Außerachtlassung nicht einschüchtern und bleiben hartnäckig. So fordern sie nicht nur die eigenen Regierungen auf zu handeln. Sie erkennen an, dass in den letzten Jahren in vielen Ländern bereits Gesetze, die eine bessere Klimapolitik garantieren sollen, erlassen wurden. Doch oftmals beklagen die afrikanischen Aktivist*innen, dass diese Gesetze zwar auf nationaler Ebene beschlossen werden, jedoch keine Maßnahmen zur Umsetzung auf lokaler Ebene getroffen würden. So fordern sie eine bessere Überwachung der Implementierung und Einhaltung. Zugleich ist den afrikanischen Aktivist*innen auch bewusst, dass es nicht reicht, ihre eigenen Regierungen zur Erlassung und Überprüfung von Gesetzen und Maßnahmen aufzurufen.

Zwar spüren die afrikanischen Länder die Folgen des Klimawandels am meisten, doch sie sind zugleich nur für sieben Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. So fordern die Aktivist*innen, dass insbesondere Staaten mit hohen Treibhausgasemissionen ihre Klimapolitiken zum Schutz des globalen Klimas verändern müssen, um so auch die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent zu schützen. Denn ein Denken rein in nationalen Maßstäben ist im Kampf gegen den Klimawandel nicht zielführend. So ruft u. a. Fridays for Future Südafrika auf, sich am 24. September 2021 beim globalen Klimastreik zu beteiligen und in Kapstadt auf die Straße zu gehen.

Annika Heck



Ein niederländisches Gericht hat Shell für die Ölverschmutzung im Nigerdelta verantwortlich gemacht. Foto: Sosialistik Ungdom, cc by-nd

Internationale Standards für nationale Umwelthaftungsnormen: Eine afrikanische Perspektive

DAS INTERNATIONALE UMWELTHAFTUNGSRECHT GEWINNT AN BEDEUTUNG.

Wer haftet für Umweltschäden, die durch Tochtergesellschaften von Mutterkonzernen in Afrika verursacht werden? Wer haftet bei fremdverursachten Umweltschäden wie etwa bei der Ölkatastrophe vor Mauritius? Ein Beitrag zu den Potenzialen für die Entwicklung transnationaler Umweltstandards mit Blick auf Afrika.

Die meisten Länder haben internationale Normen und Standards in irgendeiner Form in ihr nationales Umweltrecht aufgenommen. Dennoch gibt es unterschiedliche Standards. Die Gründe dafür sind vielfältig und komplex und lassen sich u. a. auf die unterschiedliche Belastbarkeit der rechtlichen Rahmenbedingen, institutionelle Kapazitäten eines Landes sowie soziale und wirtschaftliche Druckmomente – insbesondere aus afrikanischer Sicht – zurückführen.

Innerstaatliche Gesetze reagieren unterschiedlich auf grenzüberschreitende Herausforderungen und ich gebe zu, dass diese oft auch unzureichend sein können. Innerstaatliche Gesetze beruhen auf einem territorialen Rechtsverständnis und gehen daher – sozusagen qua design – in der Regel nicht auf die Gesamtheit eines globalen Problems ein. Ich würde sagen, dass dies für die Umwelt im Allgemeinen und insbesondere für den Klimawandel gilt. Allerdings gibt es viele gute Gründe dafür, eine globale Antwort gegenüber einer Vielzahl von nicht aufeinander abgestimmten, also gewissermaßen aneinandergereihten nationalen Ansätzen, zu bevorzugen. Ebenso gibt es zahlreiche gute Gründe, neue Rechtsinstrumente für unsere Zeit zu entwickeln, anstatt zu versuchen, das bestehende Recht auf unplausible Weise anzupassen oder gar zu verbiegen. Aber wir müssen auch realistisch bleiben, und um die Fallstricke eines Alles-oder-Nichts-Ansatzes zu vermeiden, sollte man sich vielleicht auf die komplexen und bisweilen unterschätzten Verbindungen zwischen dem internationalen Privatrecht und dem internationalen Umweltrecht konzentrieren.

Verursacherprinzip

Das Verursacherprinzip fordert, dass der Verursacher gegenüber dem Opfer finanziell verantwortlich und rechenschaftspflichtig gemacht wird. Dies ist die Abhilfedimension des Prinzips, das auf eine lange Geschichte zurückblicken kann, die sich in Grundsatz 22 der Stockholmer Erklärung und in Grundsatz 13 der Rio-Erklärung widerspiegelt, in denen die Staaten jeweils aufgefordert werden, nationale und internationales Recht in Bezug auf Haftung und Entschädigung für Umweltschäden zu verbessern. Dennoch bleibt der tatsächliche rechtliche Wert des Verursacherprinzips bisweilen oft unklar. Genießt es als Prinzip den normativen Charakter einer Regel des Völkergewohnheitsrechts? Oder ist es lediglich konzeptionelle Grundlage für bestehende

Rechtsinstrumente? Oder muss es gar ultimatives Endziel sein, welches durch verschiedene Instrumente des sowohl nationalen und internationalen Umweltrechts erreicht werden soll?

Südafrika hat ein Umweltentschädigungsgesetze

Ich habe keine abschließenden Antworten auf diese Fragen, aber ich freue mich, dass beispielsweise das südafrikanische Recht u. a. mit seinem National Environmental Management Act (NEMA) 107 von 1998, dem römisch-holländischen Deliktsrecht sowie dem Common Law-Gewohnheitsrecht Umweltentschädigungsgesetze vorsieht, die für einige gefährliche industrielle Tätigkeiten eine verschuldensunabhängige Haftung vorsehen.

Gemäß Paragraph 2(4)(n) NEMA müssen globale und internationale Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Umwelt im nationalen Interesse wahrgenommen werden, während Paragraph 2(4)(p) NEMA eindeutig festlegt, dass die Kosten für die Beseitigung von Umweltverschmutzung, Umweltschäden und daraus resultierenden Gesundheitsbeeinträchtigungen sowie für die Verhinderung, Kontrolle oder Minimierung weiterer Umweltverschmutzung, Umweltschäden oder Gesundheitsbeeinträchtigungen von denjenigen zu tragen sind, die für die Schädigung der Umwelt verantwortlich sind.

Darüber hinaus, muss – gemäß Paragraph 28 NEMA – jede Person, die eine erhebliche Verschmutzung oder Verschlechterung der Umwelt verursacht, verursacht hat oder verursachen kann, angemessene Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass eine solche Verschmutzung oder Verschlechterung eintritt, andauert oder wiederkehrt, oder, sofern eine solche Schädigung der Umwelt gesetzlich zulässig ist oder vernünftigerweise nicht vermieden oder gestoppt werden kann, sich dafür einsetzen, eine solche Verschmutzung oder Verschlechterung der Umwelt zu minimieren und zu beheben. Auf der Grundlage eines Urteils des High Court begründet dieser Abschnitt sogar eine verschuldensunabhängige Haftung. Es ist auch erwähnenswert, dass NEMA ein Kapitel über internationale Verpflichtungen und Abkommen enthält, welches – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die südafrikanische Verfassung – das internationale Recht fest im südafrikanischen Umweltrecht verankert.

Umweltrecht der AU

Des Weiteren möchte ich kurz auf das Recht der Afrikanischen Union verweisen, das im internationalen Recht verankert ist. In Artikel 3 der revidierten Afrikanischen Konvention über die Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen von 2003 heißt es, dass es die Pflicht der Staaten ist, dafür zu sorgen, dass die Entwicklungs- und Umweltbedürfnisse auf nachhaltige, faire und gerechte Weise erfüllt werden. In Artikel 16 (2) über „Verfahrensrechte“ heißt es darüber hinaus in demselben Übereinkommen: Jede Vertragspartei, von der ein grenzüberschreitender Umweltschaden ausgeht, hat sinngemäß also sicherzustellen, dass jede Person in einer anderen Vertragspartei, die von einem Schaden betroffen ist, das gleiche Recht auf Zugang zu Verwaltungs- und Gerichtsverfahren hat, wie es den Staatsangehörigen oder Gebietsansässigen der Verursacherpartei in Fällen eines inländischen Umweltschadens gewährt wird. Insoweit birgt das Recht der Afrikanischen Union also ein gewisses Potenzial für die Diskussion hinsichtlich internationaler Standards für nationale Umwelthaftungsnormen.

Man wird sich erinnern, dass im Jahr 2020 das unter japanischer Flagge fahrende Schiff MV Wakashio auf ein mauritisches Korallenriff, Pointe d'Esny, auflief, welches ca. 4.000 Tonnen Heizöl an Bord geladen hatte (vgl. afrika süd 3-2021). Bevor es aus dem Naturschutzgebiet abgeschleppt werden konnte, liefen ca. 1.000 Tonnen Heizöl aus, was katastrophale Folgen für die Umwelt hatte. Die Ölkatastrophe – Mauritius fordert Schadenersatz von der japanischen Reederei – hat erneut die Aufmerksamkeit auf die mangelnde Verantwortung für die Umwelt in Afrika gelenkt, während sich die meisten (rechts-)wissenschaftlichen Abhandlungen nach wie vor auf den globalen Norden konzentrieren und dem Thema fremdverursachte Umweltverschmutzung (auch durch Industrie und Bergbau) in Afrika weiterhin wenig Aufmerksamkeit schenken.

Eine verbesserte Haftung für Schäden an der afrikanischen Umwelt als Gemeingut könnte jedoch den vorbeugenden Umweltschutz stärken und eine effektivere (gerichtliche und außergerichtliche) Durchsetzung von Entschädigungen für Umweltschäden nach dem Verursacherprinzip gewährleisten. In diesem Sinne könnte eine schrittweise Annäherung von innerstaatlichem und internationalem Recht bei der Suche nach angemesseneren Antworten auf die Fragen der Haftung und Entschädigung für Schäden an natürlichen Ressourcen und der Umwelt (in Afrika) durchaus sinnvoll sein. Vor diesem Hintergrund erscheint die Anwendung rechtsvergleichender Methodik bei der Analyse unterschiedlicher Regulierungsansätze und Rechtsprechungsentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene als besonders hilfreich, um gemeinsame Muster unterschiedlicher Rechtsordnungen und Haftungsregelungen herauszuarbeiten.

Urteile zur Haftung durch Mutterkonzerne

Interessanterweise konnte man in den letzten Jahren eine Reihe afrikanischer Fälle vor ausländischen Gerichten verfolgen, wo zum Beispiel vor Gerichten in England diverse Umwelt-/Menschenrechtsklagen erhoben wurden. Besonders interessant an diesen Klagen ist, dass sie auf den ersten Blick gar nichts mit England zu tun hatten. Die Kläger:innen lebten im Ausland, die vorgebrachten Verletzungen und Schäden haben sich im Ausland zugetragen und der Haupt-

verursacher war auch im Ausland registriert. Nichtsdestoweniger wurden die Ansprüche erfolgreich in England geltend gemacht, weil sich die Vorwürfe gegen ein (auch) im Vereinigten Königreich eingetragenes Unternehmen richteten (in der Regel die Muttergesellschaft des im Ausland eingetragenen Unternehmens, das im direkten Zusammenhang mit der Schadensverursachung vor Ort stand).

So fällte 2019 der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs ein Urteil in der Rechtssache Vedanta gegen Lungowe, in der es um die Haftung eines englischen Unternehmens für Umweltschäden ging, die von seiner Tochtergesellschaft in Sambia verursacht wurden. Die Entscheidung bestätigte, dass englischen Muttergesellschaften eine Sorgfaltspflicht auferlegt werden kann, wenn die ausländischen Kläger von den Aktivitäten ihrer Tochtergesellschaften im Ausland betroffen sind, und dass die englischen Gerichte für solche Fälle zuständig sein können, selbst wenn ein ausländisches Gericht für die Verhandlung besser geeignet ist.

Auch ein niederländisches Gericht hat die Firma Shell im Januar 2021 für Ölverschmutzungen in Nigeria verantwortlich gemacht. In der Rechtssache Milieudefensie musste das Gericht darüber urteilen, ob die Tochtergesellschaft Shell Nigeria für Ölverschmutzung im Nigerdelta verantwortlich ist, und ob dadurch auch die niederländische Muttergesellschaft Royal Dutch Shell gegen ihre allgemeinen Sorgfaltspflichten verstoßen hat. Das Gericht stellte fest, dass Shell Netherlands nach nigerianischem Recht keine allgemeine Sorgfaltspflicht zur Vermeidung von Schäden bei Dritten hatte, weil das Common Law keine spezifische Zurechnungsdoktrin für die Haftung von Muttergesellschaften für Handlungen von Tochtergesellschaften kennt. In Bezug auf die Tochtergesellschaft Shell Nigeria gab das Gericht den Klagen jedoch – zumindest teilweise – statt, da sowohl nach nigerianischem als auch dem britischen Common Law eine verschuldensunabhängige Haftung für die Ölverschmutzungen bejaht wurde.

Transnationale Schadensersatzansprüche

Angesichts der anhaltenden Covid-19-Pandemie wurde in letzter Zeit vermehrt darüber gesprochen, Schadenersatz zu fordern, wenn die Fahrlässigkeit eines Landes die globale Ausbreitung einer Krankheit ermöglicht hat. Auch das internationale Umwelthaftungsrecht gewinnt – in der juristischen und politischen Diskussion um eine bessere internationale Umsetzung und Einhaltung von Umweltstandards sowie transnationaler Schadensersatzansprüche – zunehmend an Bedeutung. Dennoch bleibt eine Reihe von Fragen weiterhin unbeantwortet:

Wie ist zum Beispiel das Verhältnis zwischen staatlicher und privater Verantwortung für die Umwelt? Können haftungsrechtliche Anreize in den komplexen Zusammenhängen der globalen Wirtschaft wirksam entwickelt werden? Wie können sich nationale und internationale Regulierungsebenen gegenseitig sinnvoll ergänzen? Dies sind Fragen, die insbesondere im Zusammenhang mit der internationalen Haftung von Unternehmen für Umweltschäden in anderen Ländern (und vielleicht von Staaten für extraterritoriale Schäden) von Bedeutung sind. Daher wären, insbesondere aus afrikanischer Sicht, internationale Standards für nationale Umwelthaftungsgesetze sowie effektivere transnationale Schadensersatzansprüche wünschenswert.

Erste Präzedenzfälle dürften den Weg für künftige Umweltschadensersatzklagen gegen multinationale Unternehmen weiter öffnen. In Anbetracht globaler Präsenz zahlreicher europäischer Unternehmen und der Tatsache, dass ihre ausländischen Tochtergesellschaften nicht selten in Umweltschäden in den Gastländern verwickelt sein dürften, könnte Anstoß zu weiteren Klagen vor nationalen europäischen Gerichten geben. Im Gefolge zu erwartender Gerichtsentscheidungen sollten europäische Unternehmen, die in Afrika tätig sind, gegebenenfalls eher früher als später ihre Verantwortlichkeiten für die Aufrechterhaltung von transnationalen Umweltkontrollstandards überdenken. Zu guter Letzt sind auch klimabedingte Haftungsklagen gegen europäische Muttergesellschaften und ihre ausländischen Tochtergesellschaften denkbar, beispielsweise wenn deren kumulierte Treibhausgasemissionen erheblich höher sind als bei getrennter Betrachtung.

Prof. Oliver C. Ruppel

Der Autor ist seit 2011 ordentlicher Professor für öffentliches und internationales Recht an der Rechtsfakultät der Universität Stellenbosch, Südafrika, wo er auch das Institut für Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit leitet. Davor war er an der Universität von Namibia, wo er einen Lehrstuhl der Welthandelsorganisation begleitete, nachdem er seit 2008 als Leiter des nationalen Human Rights and Documentation Centre in Windhuk fungierte. Er ist außerordentlicher Professor an der katholischen Universität Zentralafrikas, Jaunde, Kamerun; Strathmore Law School, Nairobi, Kenia; China-Africa Institute for Business and Law, Xiangtan University, China; und der European Law Faculty, Nova University, Slowenien. Seit 2021 ist er auch Co-Leiter des Forschungszentrums für Klimaschutzrecht (Clim:Law) an der Universität Graz in Österreich.
E-mail: ruppel@sun.ac.za

Dieser aus dem englischen übersetzte und gekürzte Beitrag basiert auf einem Vortrag des Verfassers, welcher im Rahmen einer Workshop-Reihe des Umweltbundesamtes am 22.4.2021 zum Thema „Internationale Standards für nationale Umwelthaftungsnormen – Hindernisse und Potenziale für die Entwicklung transnationaler Umweltstandards“ gehalten wurde. Den Workshop-Vorsitz führte Prof. Dr. Kirsten Schmalenbach.

